

# Arbeitspapier

Forschungsgruppe Sicherheitspolitik  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Christian Mölling, Sophie-Charlotte Brune,  
Marcel Dickow*

## Finanzkrise und Verteidigungskooperation

Materialien zu acht europäischen Ländern und  
den USA

FG3-AP Nr 4  
Oktober 2010  
Berlin



# Inhalt

## **SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

SWP-Arbeitspapiere sind  
Online-Veröffentlichungen der  
Forschungsgruppen. Sie  
durchlaufen kein förmliches  
Gutachterverfahren. Sie dürfen  
nur mit Zustimmung der  
jeweiligen Autoren/  
Herausgeber zitiert werden.

<b>Finanzkrise und Verteidigungskooperation: Chance und Risiko .....</b>	<b>5</b>
<b>Länderübersichten .....</b>	<b>6</b>
<b>Deutschland .....</b>	<b>7</b>
<b>USA .....</b>	<b>10</b>
<b>Vereinigtes Königreich .....</b>	<b>13</b>
<b>Frankreich.....</b>	<b>16</b>
<b>Italien.....</b>	<b>19</b>
<b>Schweden.....</b>	<b>22</b>
<b>Polen.....</b>	<b>24</b>
<b>Niederlande .....</b>	<b>26</b>
<b>Spanien.....</b>	<b>28</b>
<b>Europäische Trends bis 2010.....</b>	<b>30</b>



# Finanzkrise und Verteidigungskooperation: Chance und Risiko

Ist die Finanzkrise eine Chance oder ein Risiko für die Verteidigungskooperation der EU und NATO-Staaten?

Der deutsche Verteidigungsminister hat bei zahlreichen Gelegenheiten die Arbeitsteilung innerhalb der EU und der NATO als einen Schlüssel zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung identifiziert. Für die Finanzkrise als Chance zur Stärkung der Kooperation argumentieren zunehmend Europäische Think Tanks im Verteidigungsbereich. Dabei greifen zwei Thesen ineinander: Die erste These ist: alle Europäischen Verteidigungshaushalte sind gleichermaßen von den Kürzungen im Verteidigungsbereich betroffen. Die zweite These lautet: mit den krisenbedingten Einschnitten steigt auch der perzepte Bedarf und das Interesse an gemeinsamer Kooperation im Europäischen Verteidigungssektor.

Diese Thesen beruhen jedoch entweder auf a priori Plausibilitätsannahmen, „Wishful-Thinking“ oder den gebetsmühlenartig wiederholten Mantras der üblichen Verdächtigen à la „deshalb ist die Zeit reif für mehr Kooperation“, nicht aber auf einer fundierten Analyse der Ausgangslage, Problemwahrnehmungen und Interessensbekundungen oder aktuellen Aktivitäten der einzelnen Staaten.

Gleichzeitig gibt es jedoch Hinweise, dass die Thesen in ihrer Allgemeinheit nicht richtig sind. Stattdessen entwickelt sich ein sicherheitspolitisches Risiko aus der Finanzkrise: Die Streitkräfte und Entscheidungsträger der EU- und NATO-Staaten wissen derzeit offensichtlich wenig darüber, in welcher Weise ihre Partner von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind und wie sie damit umgehen. Das Wenige Bekannte gibt allerdings Anlass zur Sorge: Aktivitäten konzentrieren sich offensichtlich derzeit auf die nationale Ebene und zielen vor allem auf eine schnelle Kostenreduktion ab. Die Option der Lasten- und Arbeitsteilung in der EU und NATO spielt selten eine Rolle. Sollten die individuellen Pläne zum Tragen kommen, würde das bedeuten, dass sich zentrale Elemente des internationalen Umfelds verändern – nämlich die Hauptpartner der aktuellen Einsätze sowie die ge-

meinsamen Einsatzmöglichkeiten und Beschaffungsvorhaben – ohne dass dies in die individuellen Kürzungspläne einbezogen wird. Damit verringerten sich nicht nur die Kooperationsmöglichkeiten für Deutschland und andere. Ein unkontrollierter Kahlschlag der militärischen Fähigkeiten der EU- und NATO-Staaten hätte gravierende sicherheitspolitische Folgen: Die Staaten unterminierten ihre gemeinsame Sicherheit ausgerechnet mit jenen Maßnahmen, die individuell auf nationaler Ebene eben diese Sicherheit gewährleisten sollen. Gleichzeitig unterlaufen sie die politische Rolle der Organisationen, die die Mitgliedstaaten eigens für diese Zwecke geschaffen haben. Am Ende einer solchen Kette stünden viele kleinere, billigere, aber weniger leistungsfähige Armeen.

Jenseits dieser Momentbetrachtungen und Eindrücke fehlt jedoch bislang, sowohl in der politischen Debatte als auch in den einzelnen Verteidigungsministerien, eine solide Diskussions- und Entscheidungsgrundlage. Um die Ausgangslage besser zu verstehen und die mit ihren Entscheidungen verbundenen Chancen und Risiken den Entscheidungsträgern besser begründen zu können, bedarf es einer empirischen Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Verteidigungsapparate wichtiger Partner und daraus bislang resultierenden Überlegungen und Handlungsoptionen.

Dieses Dossier bietet einen ersten Überblick über die Entwicklungen bei Deutschlands wichtigsten Partnern in EU und NATO: USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Schweden, Polen, Niederlande und Spanien. Es liefert eine erste Darstellung über Auswirkungen der Finanzkrise auf Verteidigungsapparate dieser Länder sowie eine vorläufige Bewertung des Umgangs mit den Auswirkungen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwiefern die internationale Kooperation im Rahmen der NATO oder der EU eine Rolle spielt.

Die Frage, wie auf die Befunde zu reagieren ist, etwa mit welcher Form von Kooperationsangeboten, findet in diesem Dossier noch keine Beachtung.

# Länderübersichten

## *Methodische Anmerkung*

Die nachfolgenden Länderkapitel erläutern die je nationalen Schritte, soweit sie sich aus Veröffentlichungen erkennen lassen und Teil der sicherheitspolitischen Debatte geworden sind. Um Tragweite und Kontext der nationalen Krisen-Reaktion besser bewerten zu können, haben wir jedem Länderkapitel eine statistische Grundinformation vorangestellt. Sie zeigt die Entwicklung der letzten fünf Jahre (2005 - 2010) in den Rubriken Wirtschaftskraft (BIP, BIP pro Kopf; Quelle: IWF), Verschuldung (Schuldenstand und Neuverschuldung der Öffentlichen Hand – absolut und relativ zum BIP; Quelle: Eurostat), Verteidigungshaushalt und Streitkräftestärken (Quelle: IISS - Military Balance). Die Daten sind gerundet, sollen die großen Tendenzen deutlich machen, erheben aber nicht den Anspruch, die einzig richtige Interpretation der Realität zu sein. Andere Institutionen wie SIPRI, EDA, NATO verwenden zum Teil andere Definitionen und Maße – eine Harmonisierung aller Datensätze ist unmöglich.

Die Erörterung der Fakten in den Länderkapiteln ist durchweg dreigeteilt: Auf den einleitenden verteidigungspolitischen Kontext (inklusive Haushaltslage) folgen, zweitens, Informationen über die großen Ausgabekategorien Personal, Rüstung und Betrieb. Drittens wird die Frage erörtert, ob und inwieweit eine krisenbedingte Ausweitung internationaler Kooperation zu erkennen ist.

# Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	2242	2325	2428	2496	2407	2443
BIP pro Kopf, in Euro	27199	28246	29534	30392	29347	29823
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	1524,0	1571,0	1577,7	1644,5	1745,2	1874,1
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	68,0	67,6	65,0	65,9	72,5	76,7
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	74,3	38,2	-4,8	-1,0	79,1	139,4
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	3,3	1,6	-0,2	0,0	3,3	5,7
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	23,5	27,9	28,4	29,5	31,1	31,1
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	1,0	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3
Streitkräfte	284.500	284.500	246.000	246.000	244.000	251.000

## *Verteidigungspolitischer Kontext und Haushaltslage*

Deutschland steht vor der größten Armee reform seit dem Ende des Kalten Krieges. Die Herausforderungen der Finanzkrise treffen zusammen mit der bislang gebotenen Auseinandersetzung mit den Lehren aus Afghanistan und anderen Einsätzen. Beide Faktoren legen eine umfassende Reform der Bundeswehr in den Bereichen Auftrag, Struktur und Ausrüstung nahe.

Den Anstoß zur konkreten Reform lieferte aber nicht die Afghanistandebatte, sondern die Wünsche des Bundesfinanzministers gegenüber seinem Amtskollegen im BMVg. Der forderte im Frühjahr 2010, dass auch das BMVg seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung liefern sollte. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 7. Juni 2010 wurde offiziell die Strukturreform der Bundeswehr eingeläutet.

Im Zeitraum von 2011-2014 sollen 8,3 Mrd. Euro im Verteidigungshaushalt eingespart werden, allein 4 Mrd. bei Personalkosten. Hintergrund bildet dabei nicht nur die Finanzkrise, sondern auch die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse, die ab 2016 voll greifen wird. Dann darf die jährliche Neuverschuldung 3,5% des BIP nicht mehr überschreiten.<sup>1</sup>

Am 7. Juni beschloss das Bundeskabinett im Rahmen seiner Klausursitzung, einen Prüfauftrag an das BMVg und die Strukturkommission auszugeben: Sie mögen gemeinsam aufzeigen, welche Folgen eine Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten hätte für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Einsatz- und Bündnisfähigkeit, Fragen der Beschaffung, die Strukturen und den Gesamtumfang, sowie die Wehrreform und ihre Ausgestaltung. Darüber hinaus wird das BMVg beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie durch eine bessere Arbeitsteilung im Bündnis Einsparpotentiale gewonnen werden können.<sup>2</sup>

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

Mit der Grundsatzrede des Ministers am 26. Mai 2010 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg skizzierte der Minister seine Vorstellungen von der zukünftigen Bundeswehr und die Elemente, die Gegenstand der Reform sein werden.

Dem folgten drei weitere Dokumente:

Der Führungsstab der Streitkräfte hat zum 25. Juni eine „**Priorisierung Materialinvestitionen**“ für den Minister erstellt. Das Dokument enthält Sparempfehlungen für alle Fähigkeitenbereiche und Rüstungsprojekte mit einem Gesamtsparvolumen von 9,4 Mrd. Euro. Es soll als Diskussionsgrundlage dienen und kann jederzeit verändert werden.

<sup>1</sup> Frankfurter Rundschau, 22.07.2010.

<sup>2</sup> Griephan Briefe, 29/10.

Das zweite Dokument, vom 30.6.2010, enthält die **Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr**. Diese skizzieren die Grundlagen und die Zielrichtung der Reform der Bundeswehr mit Blick auf die bereitzustellenden Fähigkeiten und identifiziert Gestaltungsbereiche, um diese Ziele zu erreichen: Personal, Attraktivität, Materielle Ausstattung, Stationierung/Infrastruktur und Struktur und Organisation.

Schließlich wurde am 1.9.2010 der **Bericht des Generalinspektors (Wieber Bericht)** zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010 öffentlich zugänglich. Dieser nimmt auftragsgemäß vor allem zu den Personalmodellen Stellung. Darüber hinaus liefert der Bericht aber auch eine Prüfung der Bundeswehrstrukturen und nimmt eine erste Rejustierung der Zielvorgaben für zukünftige Streitkräfte vor. Darin spielt jedoch die Neugestaltung internationaler Kooperation keine Rolle.

**Personal und Struktur:** Eine wichtige Rolle bei der Reform spielt der Personalabbau. Derzeit umfasst die Bundeswehr 252.000 Soldaten, darunter 50.000 Wehrpflichtige, von denen wiederum ca. 26.000 freiwillig Längerdienende sind. Um die Reduzierung zu erreichen, stehen verschiedene Personalmodelle zur Diskussion. Das BMVg favorisiert derzeit das so genannte „Modell 4“: Die Einberufung zum Wehrdienst endet dabei Mitte 2011. Die Zahl der freiwillig Längerdienenden sinkt bis 2013 von derzeit 25.000 auf 7.500. Diese freiwillig Längerdienenden können in Auslandseinsätze entsandt werden, stünden der Bundeswehr also für ihre tatsächlichen Aufgaben zur Verfügung. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten bis 2016 auf 156.000. Insgesamt käme die Bundeswehr auf 163.500 Soldaten.<sup>3</sup> Dies gilt als Untergrenze. Das voll implementierte Modell würde bei gleichem Fähigkeitenprofil ca. 1,5-2 Mrd. Euro jährlich sparen, gegenüber dem sog. Modell 5, das an der Wehrpflicht festhält.<sup>4</sup>

Darüber hinaus gibt es Überlegungen, an der Struktur des Ministeriums Veränderungen vorzunehmen. Zum einen soll der Generalinspekteur aufgewertet werden. Damit einher geht eine Auslagerung der Inspektore der Teilstreitkräfte, der Streitkräftebasis und des Sanitätsdienstes aus dem

Ministerium. Auch die Zusammenlegung der beiden Sitze des BMVg ist im Gespräch.<sup>5</sup>

Zum anderen sollen die Kommando- und Führungsstrukturen verschlankt werden. Die fünf Führungskommandos der militärischen Organisationsbereiche sollen mit den entsprechenden Ämtern und ministeriellen Abteilungen zusammengelegt werden.<sup>6</sup> Das Einsatzführungskommando Potsdam und das Kommando Operative Führung Ulm sollen fusionieren. Divisions- und Brigadeebene sollen zum so genannten „Kommando Einsatz“ zusammengefasst werden.<sup>7</sup>

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Der Generalinspekteur schlägt in seinem Prüfbericht die grundlegende Reform des Beschaffungskreislaufes vor und die intensivere Nutzung von marktverfügbaren Lösungen (Commercial off the shelf, COTS) vor.<sup>8</sup>

Vor allem größere Rüstungsprojekte sind im Visier von Kürzungsvorschlägen, die auch größtenteils im Prüfbericht erwähnt sind. Für das größte aber auch politisch negativ belastete, das **A 400 M** Transportflugzeug, stehen noch keine endgültigen Bestellzahlen fest. Die Zahl wird aber von ursprünglich 60 auf 50 oder weniger sinken. Von dem mittleren Transporthubschrauber **NH-90** sollen nur 80 statt 122 beschafft werden. Der Unterstützungshubschrauber **Tiger** könnte auf 40 statt 80 Maschinen reduziert werden. Umrüstungskosten auf heutige Anforderungen – Close Air Support in extremen klimatischen und topographischen Lagen statt Panzerjagd in der Lüneburger Heide – sind bislang nicht einkalkuliert. Beim **Eurofighter** gilt als sicher, dass auf die letzte Tranche (3b) und damit 37 Maschinen verzichtet wird. Sollte der Vertrag es nicht ermöglichen, sie abzubestellen, plant man den direkten Weiterverkauf ins Ausland. Die Bestellung des Schützenpanzers Puma könnte von 400 auf 280 Stück gekürzt werden.

**Betrieb:** Die Marine hat sechs U-Boote 206A vorzeitig aus dem Dienst genommen. Dies hat direkten Einfluss auf die Beiträge zu Ausbildung, Manövern und der Operation Active Endeavour. Freiwerdende Mittel sollen auch dem Betrieb der vier U-Boote der Klasse 212A zu Gute kommen.<sup>9</sup> Deren Zahl steigt

<sup>3</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/wie-die-truppe-aussehen-koennte/1909900.html;jsessionid=DE260695702E32B94436BF4C4FC7AA05>

<sup>4</sup> Wieker Bericht: 49.

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.07.2010.

<sup>6</sup> International Herald Tribune, 24.08. 2010

<sup>7</sup> Griephan Briefe, 36/10.

<sup>8</sup> Wieker Bericht: 16.

<sup>9</sup> Kieler Nachrichten-Online, 03.06.10; Neue Züricher

auf 6 bis 2013. Die Marine könnte darüber hinaus acht Fregatten Typ 122 und zwölf Hubschrauber „Sea King“ außer Dienst stellen, dazu ihre Schnellboote, die ohnehin veraltet sind. Hierfür ist jedoch als Ersatz die Beschaffung der Korvetten vom Typ K130 im Jahre 2011 und K131 2015 geplant. Anstatt der ursprünglich geplanten vier erwägt man von 2016-2019 an nur noch drei Fregatten F 125 in Dienst zu stellen.

Die Luftwaffe will 15 Transall stilllegen. Flugstunden sollen weiter zusammengestrichen werden. Für den betagten **Tornado** steht eine kurzfristige Reduzierung von 185 auf 85 Maschinen an.

Im Heer sollen knapp 60 Schützenpanzer Marder sowie kleinere Anzahlen von Haubitzen und Bergepanzern aus der Nutzung genommen werden, für die 91 FlaK-Panzer Gepard ist dies schon erfolgt.<sup>10</sup> Die Kampfwertsteigerung für den Leopard II könnte zudem aufgeschoben werden.

### ***Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation?***

Der deutsche Verteidigungsminister hat bei zahlreichen Gelegenheiten die Arbeitsteilung innerhalb der EU und der NATO als einen Schlüssel zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung identifiziert.

Auch der Prüfbericht des Generalinspektors nennt die internationale Lastenteilung als Möglichkeit, Kosten zu sparen. Dabei hält der Bericht jedoch an jener klassischen Linie fest, die bislang eine Ausdehnung oder Vertiefung der Kooperation verhindert hat: Primär soll die Bundeswehr einen Vorteil daraus ziehen, nicht Europa. Zwar wird die Notwendigkeit neuer Wege angesprochen. Konkrete Aussagen finden sich jedoch nicht. Bei der Rüstung setzt der Bericht auf „Commercial Off-the-Shelf-Lösungen“ und multinationale Harmonisierung von Bedarfsanforderungen.<sup>11</sup> Gerade Letzteres ist bislang zumeist misslungen und hat zur Proliferation der Varianten und damit zu weniger Skaleneffekten bei der Produktion geführt.

Gemeinsam mit Frankreich untersucht derzeit eine Arbeitsgruppe der Planungsstäbe beider Verteidigungsministerien die Möglichkeiten von Einsparungen.<sup>12</sup> Auf deutsche Initiative hin wird der-

zeit untersucht, inwiefern die Fähigkeitenplanungsprozesse in EU und NATO synchronisiert werden können. Ziel ist es, ein Sharing von Fähigkeiten zu erreichen und die Duplikationen von Fähigkeiten zu vermeiden, die die Mitgliedstaaten den beiden Organisationen zur Verfügung stellen.<sup>13</sup>

Gegenläufige Signale sendet der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Der hat das BMVg aufgefordert, bei der bilateralen Vereinbarung mit Dänemark zum gesicherten Gewerblichen Strategischen Seetransport ggf. von der Vereinbarung zurückzutreten, wenn eine Änderung dazu führt, dass eine Ausschreibung nicht durch eine deutsche Werft bedient wird.<sup>14</sup>

Hier zeigt sich die kooperationsbremsende Funktion nationaler Industriepolitik – ein Umstand, der darauf hinweist, dass das Ziel kostensparender Zusammenarbeit mit einer Europäischen Abstimmung der rüstungsindustriellen Ziele einher gehen muss.

---

Zeitung, 07.09.2010.

<sup>10</sup> Griephan Briefe, 12/10.

<sup>11</sup> Wieker Bericht.

<sup>12</sup> El Pais, 12. 08. 2010.

---

<sup>13</sup> Europe Diplomacy and Defence, 07.08. 2010.

<sup>14</sup> Griephan Briefe, 29/10.

# USA

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	10145	10671	10271	9813	10236	10850
BIP pro Kopf, in Euro	32471	33991	32702	31684	34027	34003
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	6249,3	6516,4	6376,0	6923,3	8517,5	10043,0
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	61,6	61,1	62,1	70,6	83,2	92,6
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	323,4	217,3	273,8	651,2	1279,2	1190,6
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	3,2	2,0	2,7	6,6	12,5	11,0
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	405,4	491,4	456,0	473,1	498,0	n/a
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	4,0	4,6	4,4	4,8	4,9	n/a
Streitkräfte	1.474.000	1.546.000	1.507.000	1.498.000	1.540.000	1.580.000

## *Verteidigungspolitischer Kontext und Haushaltsslage*

Von 2006 an erhielt der Transformationsprozess der US-Streitkräfte eine neue Richtung. Waren die Modernisierungsbemühungen bis dahin vor allem an einem konventionellen Kriegsbild ausgerichtet, brachte das Pentagon unter der Leitung des neuen Verteidigungsministers Gates vor allem die „lessons identified“ aus Irak und Afghanistan in den Transformationsprozess ein.

Sowohl Doktrin wie Beschaffung wurden den Bedingungen der irregulären Kriegsführung angepasst. Die allgemeine Ausrichtung der Streitkräfte bleibt jedoch weiterhin stark konventionell geprägt. Der Truppenabbau, der seit dem Ende des Kalten Krieges stattfand, wurde umkehrt, um der Notwendigkeit der personalintensiven Aufstandsbekämpfung und der Herausforderung zweier laufender großer Einsätze gerecht zu werden.

Seit den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 ist der Grundhaushalt des Pentagons inflationsbereinigt um 40% gewachsen – sogar um 70%, wenn die Kosten der Einsätze mit einbezogen werden. Im April 2009 verkündete Verteidigungsminister Robert Gates, dass der am 11. September 2001 geöffnete „Zapfhahn“ der Verteidigungsausgaben sich nun allmählich schließen würde.

Der Verteidigungshaushalt von 2010 betrug \$693,3 Mrd. inklusive der Kosten der Einsätze im

Irak und in Afghanistan und stellte ein inflationsbereinigtes Wachstum um 2% zum Vorjahr dar. Die Haushaltsforderungen der Obama-Regierung für den Verteidigungsetat 2011 belaufen sich auf 708 Mrd. USD, wovon 549 Mrd. USD für den „Grundhaushalt“ und 159 Mrd. USD für die laufenden Einsätze im Irak und Afghanistan vorgesehen sind. Dies entspricht einem inflationsbereinigten Zuwachs um 1,8% im Vergleich zum Vorjahr.

Trotz einer Gesamtverschuldung von prognostizierten 1.35 Bln. USD für das Jahr 2010 – dem höchsten Schuldenstand seit der Weltwirtschaftskrise – wird der Verteidigungshaushalt wegen der laufenden Einsätze vorerst von der ab 2011 verhängten Haushaltssperre ausgenommen. Es ist einer der wenigen Einzelpläne, die de facto einen realen Zuwachs erfahren.

Nichtsdestoweniger entschleunigt die Obama-Regierung schrittweise das reale Wachstum des Verteidigungshaushalts. Über die Jahre 2011 bis 2015 soll das reale Wachstum des Verteidigungshaushalts weiterhin auf 1% pro Jahr reduziert werden. Dies gilt für Verteidigungsminister Gates als das Mindestmaß, um die Streitkräfte weiterhin angemessen modernisieren zu können.

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

**Personal und Struktur:** Die Belastung der personalintensiven Einsätze, in denen das Heer und die Spezialstreitkräfte besonders gefordert wurden, führte das Pentagon vor drei Jahren zu dem Entschluss, das aktive Heer um 65.000 auf 547.400 Soldaten zu vergrößern. Im Juli 2009 wurde das Endsohl nochmals um weitere 22.000 Soldaten für drei Jahre angehoben. Ab dem Jahr 2006 und dem Strategiewechsel zur Aufstandsbekämpfung im Irak erfuhren auch die Spezialstreitkräfte ihre größte Expansion seit dem Vietnamkrieg. Ihr Wachstum hält noch immer an: Im Verteidigungshaushalt 2011 erfahren sie mit ca. 6.3 Mrd. USD einen weiteren finanziellen Schub um 6% im Vergleich zum Vorjahr und wachsen um weitere 2.800 Soldaten an. Durch Lohnanstieg und Verbesserung der Gesundheits- und Sozialversicherungen der Soldaten und ihrer Familien sollte die geplante Personalstärke erreicht und erhalten werden.

Ein Großteil des Haushaltswachstums für die Jahre 2010 und 2011 wird so von den einsatzbedingten Personal- und Materialkosten verschlungen, bei denen sich mittelfristig keine Einsparungen erzielen lassen. Zusätzlich zum Sonderetat für laufende Kriegskosten belief sich diese Summe im Haushaltsjahr 2010 mit 322 Mrd. USD auf 60% des Grundhaushalts. Im Jahr 2011 nehmen die Ausgaben für Personal- und Materialkosten weiter zu und bringen den Gesamtanteil der Personal- und Materialkosten des Verteidigungshaushalts auf 62%.

Für die US-Regierung offenbart sich mittlerweile ein klares Spannungsverhältnis zwischen dem unkontrollierten Kostenanstieg der Personal- und Materialkosten und der Prioritätensetzung in der Streitkräfteaufstellung und -Ausrüstung. Der starke Zuwachs des Verteidigungshaushalts seit dem 11. September 2001 hatte eine Wahl bislang nicht nötig gemacht und. In Abhängigkeit des Resultats der Mid-term Wahlen im November 2010 könnte eine anhaltende demokratische Mehrheit im Kongress künftig auch stärkere Einschnitte im Verteidigungshaushalt auf die innenpolitische Tagesordnung bringen.

Vermeiden will Verteidigungsminister Gates einen unkoordinierten Streitkräfte- und Fähigkeitsabbau, wie er nach dem Vietnamkrieg stattfand. Um dies zu erreichen, begann er bereits in 2009

mit der Umsetzung eines Dreischritts zur Senkung der Ausgaben des Pentagons: Programmeinbußen bei Großprojekten aus dem Kalten Krieg; eine Reform der Beschaffungsverfahren; die Rationalisierung des verteidigungspolitischen Verwaltungsapparats und die Schließung einiger Standorte.

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Im Vergleich zum Vorjahr soll in 2011 die Beschaffung mit 112,9 Mrd. USD um ca. 6,5% steigen. Der Forschungs- und Entwicklungsanteil sinkt mit 76,1 Mrd. USD jedoch um ungefähr den gleichen Anteil (- 6% zum Vorjahr).

Gates ordnete bereits in 2009 für das Haushaltsjahr 2010 die Kürzung, Umschichtung oder Beendigung von bis zu 50 Rüstungsprogrammen an. Drastische Programmkürzungen wurden bei redundanten Großprojekten aus den Zeiten des Kalten Krieges durchgeführt (z.B. das *Multiple Kill Vehicle*). Auch überteuerte Programme wurden eingestellt (z.B. *VH-71 Presidential Helicopter*), wie auch solche, von denen genügend Systeme für die aktuelle Bedrohungslage vorhanden sind (z.B. *F-22 Raptor*) oder solche, die der Bedrohungslage in laufenden Einsätzen nicht entsprachen (Fahrzeugkomponente des *Future Combat System*, FCS). Die freigesetzten Gelder sollten zum Teil der Verbesserung der Streitkräftefähigkeiten im niedrigen bis mittleren Konfliktspektrum zugute kommen.

Grundsätzlich ist es ausdrückliches Ziel von Robert Gates, diese Fähigkeiten zu stärken. Für die Spezialkräfte, das Heer und die *Marines* sollen Transport und Logistik verbessert werden (u.a. größere strategische Verlegefähigkeit durch Hubschrauber). Auch Panzerschutz (mehr *Mine Resistent Ambush Protected Vehicles*), Aufklärungsfähigkeit (65 Drohnen der Typen *Reaper* und *Predator* bis 2015), Sprachtraining, und nachrichtendienstliche Analyse (mehr Agenten für die Informationsbeschaffung in Afghanistan/Pakistan) gehören dazu.

Darüber hinaus investiert das Pentagon weiterhin stetig in den Ausbau seiner konventionellen Fähigkeiten, wie die Entwicklung einer neuen Architektur für die Raketenabwehr und eines neuen Langstreckenbombers. Defensive und offensive Fähigkeiten im Bereich der militärischen Führungs- und Kommunikationsstrukturen sollen unter Führung des seit 2009 neu eingerichteten *Cyber-Command* konsolidiert und ausgebaut werden. Im Weltraumsektor steht vor allem die Absicherung der Weltrauminfrastruktur an.

Bereits 2009 initiierte Gates in Zusammenarbeit mit dem Kongress eine Reform der Beschaffungsverfahren des Pentagons. Wurden Beschaffungen in starkem Maße seit Donald Rumsfeld durch Privatwirtschaftliche Berater und Repräsentanten beeinflusst, so beschloss Robert Gates eine Rückkehr zu hauseigenem Management. Der *Weapon Systems Acquisition Reform Act* wurde im Mai 2009 verabschiedet und muss nun umgesetzt werden. Zusätzlich sollen Rüstungsexporte durch eine Überholung der „*International Traffic in Arms Regulation*“ (ITAR) gefördert werden, für die sich auch der Kongress aktuell einsetzt.

### ***Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation***

Die Bereitschaft der USA zur stärkeren Kooperation und Lastenteilung mit ihren europäischen Verbündeten äußert sich seit der zweiten Amtszeit der Bush-Regierung durch den Wunsch nach einer größeren bilateralen Zusammenarbeit zwischen USA und EU und der Klärung des EU-NATO Verhältnisses.

Unter der Obama-Regierung sind die Beiträge zum NATO-Haushalt nach den Bush-Jahren wieder angestiegen, und Gates drängt seit Anfang des Jahres auf drastische institutionelle Reformen des Bündnisses. Entgegen der ursprünglichen Planung der Bush-Regierung, nur zwei Brigaden der *US Army* in Europa stationiert zu halten, gab die Obama-Regierung in ihrer *Quadrennial Defense Review* vom Februar 2010 bekannt, nunmehr vier Brigaden bis zum Abschluss der Überprüfung des NATO Sicherheitskonzepts in Europa zu halten. Diese Entscheidungen fallen für die USA im Rahmen einer anhaltenden Überprüfung der amerikanischen Stationierungen weltweit, in der zunehmend finanzielle Aspekte eine Rolle spielen.<sup>15</sup>

### ***Bilanz***

Sogar vor dem Hintergrund dramatisch angestiegener Verteidigungsausgaben seit dem 11. September 2001 ist der Verteidigungshaushalt der USA für das Jahr 2011 rekordverdächtig. Nichtsdestoweniger wird auch in den USA der Spardruck allmählich stärker.

Um einen unkoordinierten Truppen- und Fähigkeitsabbau zu verhindern, wie er nach dem Vietnamkrieg stattfand, hat Verteidigungsminister Gates bereits in 2009 wesentliche Schritte eingeleitet, um die Ausgaben des Pentagons allmählich zurückzufahren. Kürzungen zahlreicher Programme fanden letztes Jahr statt. Die Jahre 2010 und 2011 stehen unter dem Zeichen der Reform von Rüstungsbeschaffung und Exportkontrollen sowie des Managements im Pentagon.

Auch die Wirtschaftlichkeit der weitgestreuten militärischen Stützpunkte der USA wird mit neuem Elan unter der Obama-Regierung angegangen. Wie tragfähig die Europäer künftig als politische und strategische Bündnispartner für die USA sind, wird sich für Washington auch durch deren Reaktionen auf die Finanzkrise klären. Grundsätzlich gilt es, an erster Stelle darauf zu achten, nicht jene Fähigkeiten abzubauen, für die sich die USA auf die europäischen Partner bereits verlassen (z.B. bei der Minenkriegsführung und den stabilitätsfördernden zivilmilitärischen Fähigkeiten in vielen Krisengebieten).

---

<sup>15</sup> Government Accountability Office, GAO-10-745R, September 2010.

# Vereinigtes Königreich

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	1833	1946	2043	1824	1568	1629
BIP pro Kopf, in Euro	30422	32112	33504	29718	25369	26188
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	778,0	861,4	855,7	793,3	1067,8	n/a
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	42,5	44,3	41,9	43,5	68,1	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	62,9	52,4	56,6	89,7	179,9	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	3,4	2,7	2,8	4,9	11,5	n/a
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	41,5	42,3	43,7	48,5	44,8	44,8
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	2,3	2,2	2,1	2,7	2,9	2,8
Streitkräfte	206.000	217.000	191.000	181.000	160.000	176.000

## *Verteidigungspolitischer Kontext und Haushaltslage*

Großbritannien steht vor der Herausforderung, langfristige und kurzfristige Ziele sowohl in der Verteidigungs- wie in der Haushaltspolitik zusammenzubringen: Die Verteidigungspolitik befindet sich mitten in einem großen Reformprozess, der Strategic Defence and Security Review (SDSR). Sie soll die längerfristigen strategischen Prioritäten und militärischen Fähigkeiten überprüfen, vor dem Hintergrund erwartbarer Bedrohungen und der zukünftigen Rolle, die das Vereinigte Königreich für sich in der Welt sieht. Kurzfristig steht Großbritannien noch immer mit knapp 10.000 Mann in Afghanistan, möglicherweise bis 2015. Deren Versorgung mit angemessenem Material genießt Priorität. Schließlich muss eine Entscheidung über die Modernisierung der britischen nuklearen Abschreckung in Form der Trident-Systeme getroffen werden.

Die notwendige Priorisierung wird verschärft und womöglich auf den Kopf gestellt durch die Haushaltslage: neben den leeren Kassen nach zwei großen Kriegen in Irak und Afghanistan schlägt die Finanzkrise eine breite Schneise in den britischen Haushalt. Großbritannien ist hoch verschuldet. Die nationalen Schulden stiegen im Mai 2010 auf 900 Mrd. GBP, etwa 70% des BIP.<sup>16</sup>

Im Oktober wird in einer Kabinettsrunde das Finanzministerium den Ausgabenplan bis 2015 darle-

gen.<sup>17</sup> Die dann beschriebenen finanziellen Zwänge werden vor allem empfindliche Kürzungen für die Streitkräfte bedeuten.

Dies könnte die SDSR ad absurdum führen. In keinem anderen Land hat die Finanzkrise wohl so starke Auswirkungen auf die strategische Orientierung. Großbritannien würde sich entweder auf die reine Territorialverteidigung zurückziehen müssen, oder aber für internationale Einsätze entweder noch mehr von den USA abhängig bleiben oder von europäischen Partnern abhängig werden.<sup>18</sup>

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

Das Verteidigungsbudget beträgt für 2010 etwa 36 Mrd. GBP. Hieraus wird das Ministerium ca. 9 Mrd. sparen müssen. Gleichzeitig hat der nationale Rechnungshof festgestellt, dass das derzeitige Budget bereits um 500 Mio. GBP überzogen ist.

Für den Verteidigungshaushalt wird ein Defizit von günstigstenfalls 6 Mrd. – schlimmstenfalls 36 Mrd. GBP für die nächsten zehn Jahre angenommen. Dieses Defizit resultiert vor allem aus Projekten für Beschaffung und Unterhalt, auf die sich das Verteidigungsministerium langfristig, aber ohne finanzielle Absicherung, festgelegt hat.<sup>19</sup> Um die Pläne und Projekte finanzieren zu können, müsste das Ausrüstungsbudget im günstigsten Fall um 6% jährlich steigen.

Das Finanzministerium hat darüber hinaus geäußert, dass das Verteidigungsministerium die Kosten

<sup>16</sup> Associated Press, 01.08.2010.

<sup>17</sup> Associated Press, 01.08.2010.

<sup>18</sup> Rusi Defence Systems, Februar 2010: 13-14.

<sup>19</sup> Defence News, 13.08.2010.

von 20 Mrd. GBP für die Erneuerung der Nuklearwaffen-U-Bootflotte tragen muss. Das Ersatzprogramm für die TRIDENT Nuklearwaffensysteme ist ohnehin Gegenstand von Kontroversen unter den neuen Koalitionspartnern in London. Die Liberaldemokraten würden das Geld für diesen Schritt lieber in die konventionellen Streitkräfte stecken. Eine Umwidmung der Mittel ist also noch nicht vom Tisch.<sup>20</sup>

**Personal:** Die Armee könnte, obwohl sie weniger als ein Viertel des Budgets kostet, um weitere 20% gekürzt werden.<sup>21</sup> Andere Quellen sprechen von bis zu 30.000 Stellen, die gestrichen werden könnten.<sup>22</sup> Die acht einsatzfähigen Brigaden, die derzeit den Afghanistan-einsatz tragen, werden wohl jedoch von den Kürzungen ausgenommen.<sup>23</sup> Die Marine muss allerdings das Schrumpfen der amphibischen Fähigkeiten, und damit die Verkleinerung oder den Verlust ihrer Kommando-Einheiten fürchten.<sup>24</sup>

Der britische Verteidigungsminister Fox verkündete jüngst eine umfassende Umstrukturierung des Ministeriums an. Zunächst befasst sich eine Expertenkommission mit den Strukturen des Ministeriums. Sie soll ab September ihre Arbeit aufnehmen und nach einem Jahr Ergebnisse liefern.<sup>25</sup>

Vorgesehen ist auch der Abbau von höheren Offiziersrängen in der Kommando- und Führungsstruktur. Vornehmlich soll es jedoch zivile Mitarbeiter treffen, um die Soldaten zu schonen.<sup>26</sup> Insgesamt soll das Ministerium dezentraler organisiert sein, und die Teilstreitkräfte sollen ihre Angelegenheiten in größerer Eigenverantwortung gestalten können. An der Dreiteilung der Teilstreitkräfte soll sich nichts ändern.

Nach der „Strategic Defence Review“ soll eine weitere Überprüfung stattfinden: Kräftegenerierung, Durchhaltefähigkeit und andere Aspekte sollen dann von den Chefs der Teilstreitkräfte analysiert werden.

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Alle größeren Beschaffungsprojekte, denen noch unter der Labourregierung zugestimmt wurde, mussten erneut zur Entscheidung vorgelegt werden. Das Verteidigungsministerium untersuchte die 19 Projekte mit einem Gesamtwert von 14,5 Mrd. GBP auf mögliche Einsparpotenziale. Ergebnis: 17 wichtige Beschaffungsprojekte bleiben erhalten, wie etwa der Bau eines neu-

en Aufklärungsfahrzeuges (British Army's specialist vehicle), der Kauf von drei Aufklärungsflugzeugen, um die veralteten NIMRODs zu ersetzen, und der Kauf von 24 zusätzlichen CHINOOK Helikoptern.<sup>27</sup> An der Beschaffung zweier Flugzeugträger will die Regierung offensichtlich festhalten.<sup>28</sup> Ebenso sollen die UAVs zur Aufklärung und zum Kampf beschafft werden (Scavenger-Projekt).<sup>29</sup>

Ein Hauptkandidat für Einsparungen ist der JSF mit seinen Stückkosten von 70 Mio. GBP. Von den ursprünglich 150 zur Beschaffung durch Marine und Luftwaffe vorgesehenen könnte nur noch die Hälfte bestellt werden. Auch die letzte Tranche von 48 Eurofightern könnte dem Sparwillen zum Opfer fallen. Ebenso auf der Streichliste stehen die „Typ 45“ Zerstörer der Marine, mit Stückkosten von 1 Mrd. GBP pro Schiff.<sup>30</sup>

Das FRES Projekt (Future Rapid Effects System), das die veralteten gepanzerten Fahrzeuge des Heeres ersetzen sollte, wird wohl verkleinert oder vorerst gestoppt.

Der Kauf von leichten gepanzerten Fahrzeugen wurde um die Hälfte auf 200 reduziert.<sup>31</sup> Gleichzeitig denkt man darüber nach, ein Modernisierungsprogramm für die 40 Jahre alten PUMA Helikopter zu stoppen. Dies würde jedoch die Lücke bei taktischem Lufttransport noch vergrößern.<sup>32</sup>

Eine umfassende Revision der verteidigungsindustriellen Strategie (Defence Industrial Strategy) wird nach der SDR in Angriff genommen. Schon diesen Sommer jedoch nahm das Verteidigungsministerium Kontakt mit seinen Hauptanbietern auf, um gemeinsam über Sparmöglichkeiten nachzudenken, auch um deren Rüstungsprogramme vor den Sparanstrengungen zu retten: Dem Minister schwebt vor, dass die Firmen ihre Preise senken.<sup>33</sup>

**Betrieb:** Weiteres Einsparpotenzial liegt in der Privatisierung von Dienstleistungen (Outsourcing). Eine Studie aus dem Jahre 2008 geht von ca. 20% aus<sup>34</sup>. Diese Maßnahme wird auch vom Gray-Report<sup>35</sup> favori-

<sup>20</sup> Financial Times, 29.07. 2010.

<sup>21</sup> Wall Street Journal, 29. 06. 2010.

<sup>22</sup> Financial Times, 20.07. 2010.

<sup>23</sup> Daily Telegraph, 24.07.2010.

<sup>24</sup> Financial Times, 20.07.2010.

<sup>25</sup> Defence News, 13.08.2010.

<sup>26</sup> Times 14.07. 2010.

<sup>27</sup> Janes Defence Weekly, 30.06.2010.

<sup>28</sup> Europe Diplomacy and Defence, 02.09.2010.

<sup>29</sup> IISS Strategic Comments, Vol. 16, Comment 26. September 2010; Aviation Week 31.03.2010.

<sup>30</sup> Daily Telegraph, 24.07.2010.

<sup>31</sup> Janes Defence Weekly, 07.07.2010.

<sup>32</sup> The Times, 14.08.2010.

<sup>33</sup> Financial Times; 19.07.2010.

<sup>34</sup> Financial Times, 01.07.2010

<sup>35</sup> <http://www.mod.uk/NR/rdonlyres/78821960-14A0-429E-A90A-FA2A8C292C84/0/ReviewAcquisitionGrayreport.pdf>

siert, der letztes Jahr zum Beschaffungsprozess Stellung nahm. Schon früher hat die Armee durch Outsourcing 35-40 % seiner Kosten einsparen können.<sup>36</sup>

Für die britische Flotte besteht das Risiko, dass durch die jahrelange Unterfinanzierung und die jetzigen Kürzungen die Zahl der verfügbaren Fregatten bis 2022 drastisch auf 19 zurückgeht.<sup>37</sup>

Großbritannien wird darüber hinaus sicher seine Stützpunkte in Deutschland und anderswo reduzieren. Allein in Deutschland könnten die Kosten für Infrastruktur von ca. 25.000 Soldaten gespart werden.<sup>38</sup> Die rückverlegten Soldaten könnten die Schließung von Anlagen in Großbritannien verhindern, da sie diese übernehmen.<sup>39</sup>

Das Heer wird auf den Betrieb von Artillerie und Panzern verzichten müssen, eine Quelle spricht von Einsparungen um 40%.<sup>40</sup>

Für die Luftwaffe wird über die frühere Außerdienststellung sowohl der Tornado-Kampfflugzeuge als auch der Harrier nachgedacht. Diese Option ist jedoch mit der Einführung der F-35 JSF verbunden.

### ***Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation***

Großbritannien geht derzeit verstärkt auf Frankreich zu, um bilaterale Projekte auf den Weg zu bringen. So prüft man eine Kooperation bei der Entwicklung eines UAVs. Die Gespräche zum gemeinsamen Bau und Betrieb eines Flugzeugträgers sind jedoch bislang ohne positive Ergebnisse geblieben. Der britische Verteidigungsminister hält dies mittlerweile für „vollkommen unrealistisch“. Jedoch könne man sich über andere konkrete Projekte verständigen, wie etwa beim A 400M, Tankflugzeugen oder allgemeine Kooperation im Bereich der Marine.<sup>41</sup>

### ***Bilanz***

Trotz absehbar historischer Einschnitte in die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit des Vereinigten Königreichs aufgrund der Finanzkrise bleiben alle Kompensationsbemühungen auf den nationalen

Rahmen beschränkt. Zieht man die diesjährigen Schlüsselreden des Verteidigungsministers zu Rate, so kann man sogar eine Entwicklung weg vom internationalen Kontext und internationaler Kooperation ausmachen. Noch als Schattenminister am Anfang dieses Jahres bis zum Juni waren die Institutionen, auf die die britische Sicherheits- und Verteidigungspolitik traditionell baut, wenigstens am Rande erwähnt. Verteidigungskooperation wenigstens im bilateralen Rahmen spielte eine Rolle.<sup>42</sup> Je mehr jedoch die verteidigungspolitische Agenda sich auf die SDSR zuspitzt, desto weniger Aufmerksamkeit erhält die internationale Dimension von Verteidigung und Rüstungskooperation.<sup>43</sup> Die Anstöße von bilateraler Kooperation mit Frankreich werden wahrscheinlich nicht einmal als Feigenblatt taugen: Sie sind eher eine lang gepflegte Tradition zwischen den beiden Staaten, die in der Tat im Feld immer wieder hervorragend zusammenarbeiten. Es ist ihnen jedoch bis heute nicht gelungen, diese Kooperation zu institutionalisieren.

Auch der führende verteidigungspolitische Think Tank, das RUSI, macht bislang Vorschläge, die sich rein auf die nationale Ebene beziehen.<sup>44</sup>

---

<sup>36</sup> Financial Times, 01.06.2010.

<sup>37</sup> Financial Times, 23.08.2010.

<sup>38</sup> Janes Defence Weekly, 25.08.2010.

<sup>39</sup> Neue Züricher Zeitung, 31.07 – 01.08.2010.

<sup>40</sup> Financial Times, 23.07.2010.

<sup>41</sup> Europe Diplomacy and Defence, 07.08.2010; Defence News, 06.09.2010.

---

<sup>42</sup> Rede des britischen Verteidigungsministers am RUSI, 08.02.2010.

<sup>43</sup> Rede des britischen Verteidigungsministers auf der Farnborough Flugschau. 20 Juli, Rede des britischen Verteidigungsministers am Royal Institute of Chartered Surveyors.

<sup>44</sup> RUSI Working paper No 7, Juni 2010.

# Frankreich

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	1724	1808	1895	1948	1921	1957
BIP pro Kopf, in Euro	28179	29359	30599	31280	30692	31096
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	1145,2	1149,9	1208,8	1314,1	1487,3	1647,8
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	66,3	63,7	63,8	67,5	77,4	84,2
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	51,1	41,9	51,7	66,2	151,2	160,4
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	3,0	2,3	2,7	3,4	7,9	8,2
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	32,9	35,4	36,2	30,8	32,0	32,1
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	1,9	2,0	1,9	1,6	1,7	1,6
Streitkräfte	256.000	255.000	255.000	255.000	249.000	249.000
Gendarmeriekräfte	104.000	104.000	104.000	104.000	103.000	103.000

## *Verteidigungspolitische Kontext und Haushaltslage*

Seit der Veröffentlichung des neuesten Weißbuchs zur Verteidigungspolitik in 2008 hat Frankreich grundlegende Strukturreformen seiner Streitkräfte begonnen. Um deren Einsatzfähigkeit zu verbessern, wurden drastische Personalkürzungen und Standortschließungen bis zum Jahr 2015 vorgesehen. Die anstehenden Reformen wurden seit der Abschaffung der Wehrpflicht in 2002 wegen der Brisanz möglicher Standortschließungen bislang verschleppt. Wegen der starken politischen Mobilisierung, die auf die Restrukturierungsvorhaben der Regierung seit 2008 folgte, versprach Präsident Sarkozy am 14. Juli 2009 vorerst, den Verteidigungshaushalt von den durch die Finanzkrise bedingten Sparmaßnahmen verschont zu lassen. Der ambitionierte Restrukturierungskurs der Streitkräfte, der in dem militärischen Finanzierungsgesetz für den Zeitraum 2009-2014 (*loi de programmation militaire*) vorgegeben ist, soll so auch möglichst unversehrt bleiben. Entgegen ersten Vermutungen, Frankreich würde seinen Verteidigungshaushalt um bis zu 5 Mrd. Euro in den kommenden Jahren kürzen, verschonte das Elysée also vorerst das Verteidigungsministerium.

Am 2. Juli 2010 wurde dem Ministerium die Aufgabe gegeben, über die kommenden drei Jahre le-

diglich 3,5 Mrd. Euro einzusparen. Für die Jahre 2011 bis 2013 sah Frankreichs militärisches Finanzierungsgesetz bislang ein reales Wachstum um 1% vor. Im Haushaltsjahr 2011 soll dieses nun vorerst entfallen. Wie im laufenden Jahr wird der Verteidigungshaushalt für das Jahr 2011 30 Mrd. Euro betragen.<sup>45</sup> Für 2012 kommt es dann wieder zu einem moderaten Wachstum.<sup>46</sup>

Bis zur bevorstehenden Verabschiedung des überarbeiteten Haushalts für 2011 im September/Oktober 2010 will das Verteidigungsministerium über die Maßnahmen entschieden haben, um die Vorgaben des Elysées einzuhalten. Das Verteidigungsministerium überlegt momentan laut Presseberichten, die Vorgaben zur Hälfte durch eine Rationalisierung des Verwaltungsapparates zu erzielen und zur anderen Hälfte durch Verzögerungen in der Beschaffung einzelner Rüstungsvorhaben umzusetzen.

<sup>45</sup> Die Abweichung zu den Daten der obigen Tabelle erklärt sich aus der Tatsache, dass IISS-Zahlen jeweils nicht-aktualisierte Schätzungen aus dem jeweiligen Vorjahr sind.

<sup>46</sup> Assemblée Nationale, Commission de la défense nationale et des forces armées, Audition de M. Hervé Morin, Compte Rendu, 07.07.2010.

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

**Personal und Struktur:** Im Juli 2008 gab die französische Regierung einen Plan zur Modernisierung und Rationalisierung der Streitkräfte bekannt. Seit der Professionalisierung der französischen Streitkräfte im Jahre 2002 ist dies der erste Versuch der Regierung, die Verlegbarkeit und Einsatzfähigkeit der Streitkräfte durch eine tief greifende strukturelle Rationalisierung zu verbessern. Zwischen 2009 und 2012 sollen 82 Standorte geschlossen werden. Die Streitkräfte sollen nun in Pole konzentriert werden, von denen die Entsendung über Luft und See von großen Verbänden bis zu 15.000 Soldaten ermöglicht wird.

Bei den Landstreitkräften (134.000) sollen 24.000 Stellen abgebaut werden. Die Armee gibt momentan 7.400 Mio. Euro an Personalkosten pro Jahr aus, während die Operationskosten sich lediglich auf 740 Mio. Euro belaufen. Die Landstreitkräfte verlieren in etwa 20 Regimenten und Bataillone und sind somit am stärksten von den Kürzungen betroffen. Unklar bleibt bislang, ob und wie ca. 4.000 zivile Stellen der Landstreitkräfte bis 2014 effektiv gekürzt werden können. Die Luftwaffe (57.600) soll um 15.900 Soldaten reduziert werden und verliert 11 Stützpunkte. Sie verkleinert sich von 16 auf 10 Geschwader. Die Marine (43.995), die seit geraumer Zeit bereits Restrukturierungen durchführt, büßt nur 1.700 Stellen ein, sowie einen Luftstützpunkt. Die Kürzung von 3.500 zivilen Stellen der Marine soll durch das Auslaufen der Verträge erfolgen.<sup>47</sup>

Das militärische Finanzierungsgesetz für den Zeitraum 2009-2014, das mit Verzug erst letzten Sommer verabschiedet wurde, bestätigt die Kürzung von 54.000 Stellen bis zum Jahr 2014 (im zivilen und im militärischen Bereich), um jährliche Einsparungen von ca. 1,2 Mrd. Euro zu erzielen. Im Februar 2010 wurden die Stelleneinsparungen im Zuge der Externalisierung von Aufträgen an private Dienstleister auf weitere 16.000 erhöht.

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Ende Juli 2010 gab Hervé Morin seine Empfehlungen bezüglich der betroffenen Programme an den Präsidenten weiter. Die Entscheidungen fallen mit der Verabschiedung des Haushalts für 2011.

<sup>47</sup> Assemblée Nationale, Rapport d'Information sur la mise en oeuvre et le suivi de la réorganisation du ministère de la défense, MM.Cazeneuve et Fornut-Gentille, Februar 2009.

Bis auf Weiteres soll die Modernisierung des *Mirage 2000D* verzögert werden. Bei ausbleibender internationaler Nachfrage für den *Rafale* sollen so Gelder notfalls zur Verfügung stehen, um dessen Produktionslinie bei Dassault Aviation durch nationale Bestellungen zu erhalten. Auch die Bestellung von 14 MRTT Flugzeugen (*Multirole Tanker Transport*) soll verzögert werden. Das CERES Satellitensystem für elektronische Aufklärung, die Umsetzung der vierten Stufe des SCCOA *Air Command and Control Systems*, das für neue Radaranlagen ca. 500 Mio. Euro benötigt hätte, sowie einzelne Projektanteile des Modernisierungsprogramms der Landstreitkräfte (SCORPION) werden ebenfalls bis auf Weiteres verzögert.

Verschont bleibt die vom Finanzierungsgesetz 2009-2014 vorgesehene Beschaffung eines zweiten nuklearen Untersee-Boots des Typs *Barracuda*, die Beschaffung der Infanterieausrüstung *FELIN*, der Mehrzweckfregatte *FREMM*, des Kampfflugzeugs *Rafale*, der amphibischen Schützen- und Spähpanzer *VBCI*, sowie des *A400M*. Auch der Forschungs- und Entwicklungshaushalt soll vorerst unversehrt bleiben.

**Betrieb:** Steigende Personalkosten – durch Professionalisierung der Streitkräfte und bislang mangelnde Restrukturierung der Streitkräfte – wurden seit 2002 durch Sparmaßnahmen und Kürzungen in der Ausrüstung ausgeglichen. Das Finanzierungsgesetz 2009-2014 priorisiert entsprechend dem Restrukturierungsvorhaben von 2008 die Modernisierung der Fähigkeiten. Von den vorgesehenen 15,4 Mrd. Euro in 2008 wuchsen die Investitionsausgaben um 10% auf 17 Mrd. Euro in 2009. Dank des krisenbedingten Konjunkturprogramms der französischen Regierung, von dem knapp 2,4 Mrd. Euro in die Verteidigung fließen, soll u.a. mit der Modernisierung von zehn bereits ausrangierten *Rafale* für die Marine zwei Jahre früher als geplant begonnen werden.

## *Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation*

Frankreich hat seit Ende 2009 klares Interesse daran gezeigt, mit Großbritannien und Deutschland zu einer verstärkten Kooperation in der Programm-entwicklung von strategischen Kernfähigkeiten zu kommen, sowie zum Teilen und Zusammenlegen gemeinsamer Fähigkeiten.

Im Rahmen der am 21. Juli 2010 ins Leben gerufenen deutsch-französischen Kooperationsgruppe, die ihre Arbeit im September aufnimmt, sollen Optionen zum gemeinsamen Pooling von Fähigkeiten erkundet und die Zukunft des A400M und der MALE UAV Fähigkeiten in Europa diskutiert werden.

Die französische und britische Regierung gaben ebenfalls an, bis Ende Juli 2010 eine Analyse ihrer Fähigkeiten durchgeführt zu haben, um Kooperationspotential zu identifizieren. Geprüft wird, welche Fähigkeiten jedes Land eigenständig beibehalten will, um die national-staatliche Souveränität zu wahren, welche Fähigkeiten zusammengelegt werden könnten (pooling), und zuletzt diejenigen, wo nationale Fähigkeiten gegenseitig geteilt werden könnten (sharing). Anfang November soll das Resultat dieser Bestandsaufnahme bilateral diskutiert und über Wege der Kooperation beraten werden.

Paris und London teilen einen gemeinsamen Investitionsfonds, in den beide Regierungen bislang jeweils 80 Mio. Euro gespeist haben. Ziel ist es, gemeinsame Forschung und Entwicklung zu betreiben. Dies geschah bislang in den Bereichen der UAVs, der Luft- und Raumfahrttechnik, der Elektronik und Sonaranlagen. Motiviert wurde diese bilaterale Initiative ursprünglich durch den Verdruss beider Länder über große multinationale Projekte.

Frankreich und Großbritannien teilen weiterhin ein Interesse an der Entwicklung einer Europäischen Option für ein *Medium Altitude Long Endurance* (MALE) UAV. Eine Kooperation würde zwischen BAE Systems und Dassault Aviation stattfinden. Um den dringenden Sofortbedarf zwischenzeitlich zu decken, würde für Frankreich das *Système de drone mâle* (SDM) (Dassault, Thales, Indra) in Frage kommen. Das SDM basiert auf dem israelischen *Heron TP*. Die Briten sollten Ende August die Überprüfung beendet haben, inwiefern eine diesbezügliche Zusammenarbeit für sie möglich wäre („*Scavenger Studie*“). Bis zum Ende des Jahres soll eine Entscheidung zum Thema MALE UAV getroffen werden.

Durch die wahrscheinliche Verzögerung der Bestellung der 14 MRTTs wäre Frankreich besonders an einer engeren Zusammenarbeit mit London interessiert, die der mangelnden strategischen Verlegfähigkeit (A400M) und Luftbetankung abhelfen könnte. Unter anderem steht momentan eine Kooperationsoption zur Diskussion, in der Paris der *Royal Air Force* (RAF) Flugstunden für einige der 14 Tankflugzeuge des Typs A330 abkaufen würde, wie

auch Flugstunden der Boeing C-17 *Globemaster* Flotte. Der aktuelle *Future Strategic Tanker Aircraft* (FSTA) Vertrag gibt der RAF regelmäßigen Zugang zu neun A330, während der Rest der Flotte, der sie in Krisenzeiten zur vollen Leistungsfähigkeiten bringen würde, an Dritte zu leasen wäre. Bis dato hatte London vor, die Flugzeuge an zivile Abnehmer zu vermieten. Doch diese Option ist in den vergangenen Monaten entfallen.

## ***Bilanz***

Im Vergleich zu den drastischen Kürzungen in Großbritannien und Deutschland wird der französische Verteidigungssektor wie auch in den USA und Italien vorerst von allzu rabiaten Kürzungen verschont. Dies geschieht in erster Linie, weil drastische Kürzungen bereits seit 2008 im Rahmen einer Strukturreform der Streitkräfte eingeplant waren und zweitens, um die seither priorisierte Modernisierung der Fähigkeiten voranzutreiben.

Um die vom Präsidenten auferlegten Einsparungen um 3,5 Mrd. Euro über den Zeitraum 2011-13 einzuhalten, sieht Verteidigungsminister Morin vorerst Verzögerungen in der Beschaffung vor.

Die Krise wird in Frankreich als Chance wahrgenommen, um auf eine weitere rüstungsindustrielle Konsolidierung auf europäischer Ebene zu drängen. Bevorzugte Partner sind hier Deutschland und Großbritannien. Die Arbeiten der deutsch-französischen Kommission haben erst begonnen, so dass sich keine konkreten Aussagen diesbezüglich treffen lassen. Was die französisch-britische Kooperation angeht, lässt sich in Hinsicht auf krisenbedingte erhöhte Kooperationsbereitschaft zweierlei anmerken:

Zwar sind sowohl der französisch-britische Investitionsfonds wie auch die Option eines gemeinsamen MALE-UAV-Vorhabens Beispiele verstärkter europäischer Zusammenarbeit in Rüstungsfragen. Doch diese wurden ursprünglich nicht von der finanziellen Krisenlage motiviert, sondern gelten an erster Stelle dem Erhalt nationaler industrieller Kapazitäten. Kooperationsbereitschaft aus Spargründen bleibt momentan in London und Paris also vor allem bei der strategischen Verlegfähigkeit und Luftbetankung zu erkennen.

# Italien

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	1429	1485	1546	1568	1521	1555
BIP pro Kopf, in Euro	24614	25419	26260	26423	25442	25829
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	1512,7	1582,0	1598,9	1662,6	1761,2	1844,9
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	105,8	106,5	103,4	106,0	115,8	118,6
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	62,4	49,6	22,9	42,2	80,8	80,5
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	4,4	3,3	1,5	2,7	5,3	5,2
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	14,0	12,1	14,4	16,4	15,4	15,5
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	1,0	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0
Streitkräfte	192.000	191.000	191.000	186.000	185.000	185.000
Gendarmeriekräfte	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000

## *Verteidigungspolitischer Kontext und Haushaltsslage*

In Anbetracht wuchernder Personalkosten und einer stark überalterten Personalstruktur, die sich zu Ungunsten der Ausbildung und der Betriebskosten der italienischen Streitkräfte auswirkt, wurde in 2009 eine interministerielle Kommission von der italienischen Regierung einberufen, um die Frage der Strukturformen der Streitkräfte anzugehen. Insbesondere sollte die Kommission Kürzungen der Streitkräfte in Betracht ziehen, um das aktuelle Ungleichgewicht in den Ausgaben zu Gunsten der Betriebskosten zu korrigieren. Doch die Kommission unterbrach ihre Arbeiten im Juni 2009 und ihr weiterer Arbeitsablauf bleibt bislang unklar.<sup>48</sup>

Für das Jahr 2010 beträgt Italiens Verteidigungshaushalt 17,6 Mrd. Euro, d.h. 1,1% des Bruttoinlandsprodukts.<sup>49</sup> Die italienische Regierung verabschiedete Ende Juli 2010 ein 25 Mrd. Euro Sparpaket für den Zeitraum 2011-12.<sup>50</sup> Finanzminister Tremonti sieht Kürzungen um 10% für jedes Ministerium vor.

<sup>48</sup> Defense News, 24.10.2009.

<sup>49</sup> Die Abweichung zu den Daten der obigen Tabelle erklärt sich aus der Tatsache, dass IISS-Zahlen jeweils nicht-aktualisierte Schätzungen aus dem jeweiligen Vorjahr sind.

<sup>50</sup> Manovra di Bilancio (2011-2013), Juni 2010.

Ende Oktober will Verteidigungsminister La Russa seine detaillierten Sparpläne bekannt machen.<sup>51</sup>

Die geplanten Kürzungen rüstungsbezogener Projekte, die dem Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Industrie angerechnet werden, werden momentan auf ca. 2,6 Mrd. Euro über die kommenden drei Jahre geschätzt.<sup>52</sup>

Auch die Ausgaben für Italiens internationales Engagement wurden Anfang August 2010 in Anbetracht der Haushaltskürzungen justiert: Bis zum 31. Dezember 2010 stehen 1.350 Mio. Euro für Italiens internationales Engagement zur Verfügung, die sowohl laufende Einsätze wie auch Entwicklungshilfe abdecken sollen. Zwar soll die Finanzierung des Afghanistan-Einsatzes von 310 Mio. auf 364 Mio. Euro ansteigen; doch Italiens Beiträge im Libanon, im Balkan, in Bosnien, am Horn von Afrika ebenso wie der Beitrag zur Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte, werden bis zum Ende des Jahres finanziell wie personell reduziert.<sup>53</sup>

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

**Personal und Struktur:** Die italienischen Streitkräfte sind noch sehr stark geprägt von den Zeiten des Kalten Krieges: Ihre Personalstruktur entspricht weiterhin eher einer Armee der Landesverteidigung.

<sup>51</sup> Aviation Week, 10.09.2010.

<sup>52</sup> Defense News, 07.06.2010.

<sup>53</sup> APCoM, 03.08.2010.

Seit der Einstellung der Wehrpflicht im Jahr 2005 ist die interne Aufteilung des italienischen Verteidigungshaushalts stark ins Ungleichgewicht geraten. Das Verteidigungsministerium plante regulär für Personalkosten ca. 50% des Haushaltspostens ein, der sowohl Personal, Ausbildung, Beschaffung und den Unterhalt der Ausrüstung deckt (aber nicht die Renten). Von diesem Posten wurden weitere 25% für die Beschaffung vorgesehen und die restlichen 25% für Betriebskosten. Im Jahr 2009 lagen die Personalkosten jedoch bereits bei 67%, die Gelder für die Beschaffung bei 20% und die für Betriebskosten lediglich bei 13%.

Die aktive Komponente der italienischen Streitkräfte umfasste in 2008 noch 186.000 Soldaten (ohne Carabinieri). Bis 2012 soll die Größe der Streitkräfte auf 141.000 Soldaten gebracht werden. In 2010 lag die Größe der Streitkräfte bereits bei ca. 179.000 Soldaten.<sup>54</sup> Die Entlassung des überflüssigen Personals würde Einsparungen von ca. 2,5 Mrd. Euro erlauben.<sup>55</sup>

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Der Beschaffungsanteil des Verteidigungshaushalts für 2011 sollte ursprünglich um 10% gekürzt werden. Dieser Anteil belief sich in 2010 auf 3,17 Mrd. Euro. Die aktuell angekündigten Einbußen um 150 Mio. Euro für das Jahr 2011 entsprechen jedoch lediglich Kürzungen um 5%, die aber vorerst allein durch Vertragsverzögerungen aufgefangen werden sollen – wie auch in Frankreich. Doch zusätzlich zum Investitionsanteil des Verteidigungshaushalts muss in der Regel noch ein Investitionszusatz aus dem Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Industrie gezahlt werden, der gemeinhin auf ca. 40% des gesamten Investitionshaushalts der Streitkräfte zu schätzen ist und keinem öffentlichen Ausschreibungsverfahren unterliegt.

Der Luft- und Raumfahrtsektor ist von den Kürzungen der F&E Ausgaben betroffen: Die diesbezügliche jährliche Unterstützung durch das Wirtschafts- und Industrieministerium sollen angeblich für 2011 gänzlich gestrichen werden. Die italienische Regierung bemüht sich momentan, 400 Mio. Euro freizusetzen, um die Auswirkungen auf die nationale Industrie für 2011 abzumildern.<sup>56</sup>

Das Verteidigungsministerium sieht eine Reihe von Verzögerungen in der Beschaffung vor, die Einsparung von ca. 5 Mrd. Euro erzielen sollen.<sup>57</sup> Italien wird 25 Eurofighter der 3. Tranche weniger kaufen, und somit

Ersparnisse um 2 Mrd. Euro erzielen. Über die Entscheidung, vier FREMM Fregatten weniger zu kaufen als ursprünglich geplant, besteht noch Unklarheit. Laut einigen Quellen soll deren Kauf vorerst auf das Jahr 2013 verschoben werden, um vorerst weitere 2 Mrd. Euro einzusparen. Verteidigungsminister La Russa scheint jedoch ebenfalls in Erwägung zu ziehen, die besagten Fregatten direkt durch den Export weiter zu verkaufen. Brasilien scheint als Geschäftspartner hier Interesse bekundet zu haben und ebenfalls ein Angebot von Frankreich vorliegen zu haben.<sup>58</sup> Weiterhin soll der Kauf zweier *Gulfstream* G-550 zur Funkaufklärung vorerst verschoben werden. Auch die Bestellungen beim *Joint Strike Fighter* stehen auf der Kürzungsliste. Unberührt bleibt hingegen die Bestellung der Transporthubschrauber, welche in den laufenden Einsätzen dringend gebraucht werden.

**Betrieb:** Die Wartungs- und Betriebskosten haben zwischen 2008 und 2009 Einbußen um 29% erlitten und lagen in 2010 bei 1,76 Mrd. Euro, was einen weiteren Abfall um 6,8% zum Vorjahr darstellt. Dieser Posten wird in 2011 voraussichtlich um weitere 100 Mio. Euro gekürzt.<sup>59</sup> Die italienischen Streitkräfte haben dementsprechend große Schwierigkeiten, Ausrüstung und Soldatentraining auf einem befriedigenden Niveau zu halten.<sup>60</sup> Über die letzten zwei Jahre wurde dieses Defizit durch eine vom Parlament separat gebilligte einsatzbedingte Zusatzfinanzierung teilweise abgedeckt (ca. 1,35 Mrd. Euro in 2009 und 2010). Doch diese Notfinanzierung betraf lediglich den Bedarf der Truppen im Einsatz.

### *Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation*

Die italienische Regierung und ihre Streitkräfte sind momentan so stark in einer nationalen Auseinandersetzung mit dringlichen Struktur reformen verfangen, dass die Option einer engeren europäischen Absprache scheinbar – nach vorliegenden Informationen – bislang keine besondere Beachtung findet. Jenseits politischer Projekte wie der Einrichtung einer französisch-italienischen Brigade in diesem Frühjahr und dem Wunsch, durch europäische Rüstungskoope ration der eigenen Industrie eine Überlebenschance zu bieten (Zusammenarbeit mit London bez. des MALE-UAV Projekt), ist in Rom bislang

<sup>54</sup> Siehe Fußnote 50.

<sup>55</sup> Istituto Affari Internazionali, Mai 2010.

<sup>56</sup> Defense News, 02.08.2010.

<sup>57</sup> Defense News, 21.06.2010.

<sup>58</sup> Analisi Difesa, Vol.11, No.111-04, 24.06.2010.

<sup>59</sup> Defense News, 02.08.2010.

<sup>60</sup> Defense News, 07.06.2010.

noch keine Kooperationsbereitschaft aus Spargründen erkennbar.

### ***Bilanz***

Der italienische Verteidigungshaushalt soll im Rahmen der Sparmaßnahmen des Finanzministers um 10% über den Zeitraum 2011-12 gekürzt werden. In der Beschaffung werden Verzögerungen einzelner Projekte wie in Frankreich anvisiert. Verteidigungsminister La Russa sieht ungewohnt starke Kürzungen im Forschungs- und Entwicklungsetat vor, sowie bei dem rüstungsbezogenen Haushaltsanteil des Wirtschafts- und Industrieministeriums. Die italienische Regierung reduziert auch mit Ausnahme des Afghanistan-Einsatzes ihr internationales Engagement.

Die italienischen Streitkräfte stehen in ihrer Strukturreform vor zwei wesentlichen Herausforderungen: Einerseits, eine zu große und alternde Personalstruktur sowie der Mangel an Neueinstellungen; andererseits der gravierende Mangel an Geldern für den Erhalt der Fähigkeiten und des Trainings.

Trotz ähnlicher struktureller Herausforderungen wie die der Bundeswehr scheint bislang in Rom noch keine nähere Untersuchung der Optionen einer engeren europäischen Abstimmung durchgeführt worden zu sein.

# Schweden

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	298	318	338	334	293	337
BIP pro Kopf, in Euro	32504	34480	36154	35456	31581	35143
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	148,0	146,7	132,2	111,1	126,2	n/a
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	6,7	8,0	12,7	8,1	1,6	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	2,2	2,5	3,7	2,4	0,5	n/a
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	4,7	4,6	4,9	4,1	4,0	4,1
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	1,6	1,4	1,5	1,2	1,4	1,2
Streitkräfte	28.000	28.000	28.000	24.000	17.000	13.000
Gendarmeriekräfte	600	600	600	600	600	800

## *Verteidigungspolitische Kontext und Haushaltsslage*

Schweden befindet sich mitten in einer Verteidigungsreform. Dieser langfristige Prozess vollzieht die Reorientierung der schwedischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von einer Verteidigungsplanung, die primär durch Russland als potenziellem Aggressor geprägt war, hin zu einer, die internationale Einsätze in den Vordergrund stellt. Zentrum der Bemühungen Schwedens ist deshalb auch die Transformation zu flexibleren und kleineren Strukturen. Dabei haben die EU-Battlegroups eine zentrale Rolle als Modell gespielt.

Die Reform und mit ihr die solitäre Orientierung auf internationale Einsätze haben jedoch durch den Georgienkrieg 2008 einen Dämpfer erhalten. Gleichzeitig kann die Armee die geforderten Leistungen nur noch mit großen Mühen erfüllen – sie ist am unteren Limit ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Beide Gründe führen dazu, dass zunehmend Politiker wie Verteidigungsexperten betonen, dass die Abschreckungsfähigkeit erhalten und dafür möglicherweise auch aufgerüstet werden müsse. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen.<sup>61</sup>

Schwedens Staatsfinanzen sind von der Finanzkrise wenig berührt worden.

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

Analog zu den allgemeinen Staatsfinanzen hat auch der Verteidigungsetat unter der Krise nicht gelitten. Er sinkt jedoch seit Jahren als Teil der Verteidigungsreform. Derzeit wird unter den Regierungsparteien über eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben debattiert.<sup>62</sup> Diese Erhöhung war ohnehin vom Verteidigungsausschuss ab 2011 oder 2014 angedacht. Mit ihr sollen unvorhergesehene Kosten der Reform finanziert werden. Gleichzeitig ist es ein Argument im derzeitigen Wahlkampf.

**Personal und Struktur:** Schweden hat seit der Abschaffung der Wehrpflicht im Juli dieses Jahres eine reine Freiwilligenarmee.<sup>63</sup> Die Zahl der Soldaten sinkt seit Jahren.

Bei der Struktur stellt Schweden derzeit von einer zentral organisierten auf eine auf Regionen basierende Verteidigungsstruktur um. Grund sind befürchtete Engpässe bei der Kräftegenerierung insbesondere für internationale Einsätze zur schnellen Krisenreaktion für internationale Operationen durch die derzeitige zentralisierte Struktur. Darüber hinaus erhofft man sich über regionale Stäbe eine vereinfachte Kommunikation mit zivilen Behörden. So kann die Armee effizienter bei zivilen Krisen eingesetzt werden.

Im Bereich der Unterstützung sollen Verwaltungsstrukturen und Einrichtungen wie die Beschaffungsagentur und Trainingszentren fusionie-

<sup>61</sup> Interview mit dem FOI

<sup>62</sup> Defence News, 19.07.2010.

<sup>63</sup> Janes Defence Weekly, 11.03.2009.

ren und weniger wichtige Leistungen privatisiert werden.<sup>64</sup>

#### **Investitionen und Rüstungsbeschaffung:**

Schwedens Armee fährt auch bei der Ausrüstung grundsätzlich einen Modernisierungskurs. Zusätzlichen Einfluss üben jedoch die zunehmenden Sorgen gegenüber Russland aus. Sie führen dazu, dass bestehende Lücken in Ausrüstung und Fähigkeiten nun schneller geschlossen werden.

Schweden hat drei konkrete Maßnahmen ergriffen: 1. Überwachung der Ostsee: Dazu wird ein Netz aus Radaranlagen aufgebaut. Dieses dient sowohl zivilen wie auch militärischen Zwecken. Die Anlagen werden „commercial off the shelf“ beschafft (COTS). 2. Eine neue Klasse von U-Booten (A 26) wird beschafft. Mit ihnen sollen Ostsee und Kattegatt bewacht werden.<sup>65</sup> 3. erwägt Schweden eine Übergangslösung für die seit zehn Jahren erwarteten NH-90. Ihr Fehlen beeinträchtigt die Mobilität der nun kleiner gewordenen Truppe maßgeblich. Nur mit der erforderlichen Fähigkeit zum taktischen Lufttransport kann das Gesamtkonzept der neuen Streitkräftestruktur umgesetzt werden. Zudem fehlen die Fähigkeiten für Verwundetentransport (Medevac) und taktischen Truppentransport in Afghanistan. Diskutiert wird über eine COTS-Lösung durch den Kauf von UH-60 Black Hawk.<sup>66</sup>

Auch bei der Beschaffung von gepanzerten Transportfahrzeugen hat Schweden auf eine COTS-Lösung zurückgegriffen und bei einem finnischen Hersteller gekauft (Patria).

### ***Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation?***

Schweden ist Mitglied der EU. Jedoch macht sich offensichtlich der Eindruck breit, dass die EU ihren sicherheitspolitischen Zenit erreicht hat. Die EU-positive Stimmung, die Schweden nach Jahren der Mitgliedschaft erreichte, wird von dem Eindruck von Untätigkeit bei viel Gerede verdrängt.

Schweden hat gemeinsam mit Dänemark, Finnland und Norwegen Nordic Defence Cooperation (NORDEFECO) ins Leben gerufen. NORDEFECO baut auf einer seit Jahrzehnten bestehenden um immer weiter ausgebauten militärpolitischen Kooperation

der skandinavischen Länder auf und bietet mittlerweile einen umfassenden Kooperationsrahmen im Verteidigungssektor. Dieser wird jedoch nur spärlich genutzt.

Schweden kooperiert bei der Ausbildung von Personal für internationale Einsätze im Rahmen von NORDEFECO. Darüber hinaus beteiligt sich Schweden als Führungsnation an der Nordic Battlegroup als Beitrag zu den EU-Battlegroups.

Bei den U-Booten kann man von einer Rollenspezialisierung im weitesten Sinne sprechen: Finnland hat die Beschaffung der schwedischen U-Boote als sehr hilfreich anerkannt. Es selbst besitzt keine U-Boote und muss nun auch keine beschaffen.

Konkrete Rüstungskooperation betreibt Schweden mit Norwegen. Gemeinsam entwickelt man das Artilleriesystem „Archer“. Die Kooperation lag in der Einsicht Schwedens begründet, dass man unilateral bei einigen Fähigkeiten nur noch ein subkritisches Niveau erreichen würde. Man stand also vor der Entscheidung, zu kooperieren oder die Fähigkeit zu verlieren, nicht aber, zu kooperieren, oder es allein zu tun.

### ***Bilanz***

Schweden ist bisher nicht mit weitergehenden Konzepten für multilaterale militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum hervor getreten. Die Überwachung des See- und Luftraums könnte in Zukunft Möglichkeiten der Rollenspezialisierung aller Ostseeanrainer eröffnen.

---

<sup>64</sup> Defence News 10.05 & 24.05.2010.

<sup>65</sup> Defence News 06.09.2010.

<sup>66</sup> Defence News, 15.03.2010.

# Polen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	244	272	311	362	310	352
BIP pro Kopf, in Euro	6393	7134	8140	9417	8104	9219
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	120,0	132,1	147,5	144,8	166,9	n/a
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	10,0	9,9	5,8	13,4	22,1	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	4,1	3,6	1,9	3,7	7,1	n/a
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	4,3	4,6	5,3	6,4	6,2	6,5
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	1,7	1,7	1,7	1,8	2,0	1,8
Streitkräfte	142.000	142.000	142.000	127.000	122.000	100.000
Gendarmeriekräfte	21.400	21.400	21.400	21.400	21.400	n/a

## *Verteidigungspolitischer Kontext und Haushaltslage*

Die polnischen Streitkräfte befinden sich in einem tiefgreifenden Restrukturierungs- und Modernisierungsprozess. Entscheidende Richtungsgeber sind die Teilnahme am Irak-Krieg und an der NATO-ISAF Mission. Im Zentrum stehen die Einsatzfähigkeit und die Modernisierung der Ausrüstung.

Gleichzeitig muss Polen seine im Einsatz befindlichen Truppen besser ausstatten. Deshalb beschafft Polen C2-Systeme, Aufklärungstechnik und UAVs sowie geschützte Fahrzeuge.

Polens Bruttoinlandsprodukt ist in den Jahren 2003 bis 2008 jährlich zwischen 3,6% und 6,8% gewachsen. Seit 2009 hat sich das Wachstum abgeschwächt.

Polen hat sich per Gesetz auferlegt, mindestens 1,96% seines BSP für das Militär auszugeben. Die Ausgaben fließen seit Jahren vor allem in die Beschaffung für den Einsatz in Afghanistan.<sup>67</sup>

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

**Personal und Struktur:** Budgetkürzungen sind unter anderem durch Einsparungen bei Neueinstellungen kompensiert worden. So ist die Armee seit

der Abschaffung der Wehrpflicht 2009 statt auf die geplanten 100.000 nur auf 96.000 Mann angewachsen. Schon länger aber hat man die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten moderat erhöht. Der Aufwuchs des Personalbestands auf 100.000 soll nun 2012 abgeschlossen sein.<sup>68</sup> Bis dahin soll auch die National Reserve Forces eine Stärke von 20.000 Soldaten besitzen. Zudem soll die Anzahl der Standorte von 126 auf 99 reduziert werden.

Im Heer finden Umstrukturierungen zur Verbesserung der Mobilität auf Brigade-Ebene statt. Dies ist Teil der größeren Reformanstrengungen, um die Einsatzfähigkeit der Armee zu erhöhen.

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Die Luftwaffe ist bis 2012 auf F16 Kampfflugzeuge umgerüstet, die verbleibenden MiG-29 werden zum Teil mit Upgrades versehen und verbleiben bis mindestens 2025 im Dienst. Bei der Beschaffung neuer Trainingsflugzeuge wird aber offensichtlich auch der Preis eine wichtige Rolle spielen.<sup>69</sup> Die Ausrüstung der Marine ist völlig veraltet, allerdings sind trotz fehlender oder schleppender Modernisierung keine strukturellen Veränderungen vorgesehen.

Polen hat Kürzungen (8x8 armoured vehicles) und Streichungen (z.B. 2 Multi Role Tanker Transport Aircraft, Airbus A330) bei Rüstungsvorhaben

<sup>67</sup> Defence News, 6.9.2010.

<sup>68</sup> Defence News, 6.9.2010.

<sup>69</sup> Defence News, 6.9.2010.

vorgenommen und die Teilnahme an internationalen Einsätzen heruntergefahren (ISAF: kein weiteres Aufwachsen) oder beendet (EUFOR, UNIFIL, UNDOF). Zudem hat sich Polen aus dem NATO Alliance Ground Surveillance (AGS) Programm zurückgezogen. Polen will bestehende Rüstungsverträge mit ausländischen Anbietern zur Kostensenkung neu verhandeln,

Mit neuen Beschaffungsvorhaben soll vor allem die inländische Rüstungsindustrie gestärkt werden. Der größte inländische Rüstungsgüterproduzent Bumar verzeichnete allerdings 2009 durch fehlende staatliche Nachfrage einen Auftragsrückgang um 40%. Jetzt entwickelt Burmar einen Prototyp für einen neuen Schützenpanzer, den auch die polnische Armee kaufen soll.

**Betrieb:** 2010 wird der Mindesthaushalt um 3% unterschritten. Darunter leiden sowohl die Ausbildung, als auch die Versorgung der Armee mit Betriebsmitteln und Munition. Ebenso sank die Einsatzfähigkeit der Marine durch mangelnde Wartung. 2011 soll Polens Verteidigungshaushalt 7,01 Mrd. Euro umfassen. Schwerpunkte werden dann Training, Ausrüstung und die Modernisierung der Infrastruktur sein.<sup>70</sup>

### ***Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation?***

Verstärkte Kooperation, Koordination oder Abstimmung unter den europäischen Partnern in EU und NATO bei Beschaffung, Ausbildung, Betrieb und Logistik sind nicht zu erkennen. Der Blick richtet sich hauptsächlich auf die Fähigkeiten der USA.

### ***Bilanz***

Polen verfolgt derzeit eher eine Strategie des Rückzugs auf nationale Kapazitäten. Genereller Rahmen für europäische Zusammenarbeit bleiben aber die beiden Formate EU-Battlegroups und das Deutsch-Dänisch-Polnische Korps in Szczecin – beides ist nicht besonders dazu angetan, Einsparungen durch weitergehende Kooperation bei Investitionen und Betrieb zu erzielen.

---

<sup>70</sup> Europe Diplomacy and Defence, 09.09.2010.

# Niederlande

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	513	540	569	596	571	585
BIP pro Kopf, in Euro	31459	33049	34222	35672	34623	35354
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	266,1	255,9	258,6	346,7	347,0	n/a
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	51,8	47,4	45,5	58,2	60,8	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	1,4	3,2	1,9	4,2	28,0	34,5
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	0,3	0,6	0,3	0,7	4,9	5,9
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	7,7	7,9	8,4	8,1	8,7	8,6
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	1,5	1,5	1,5	1,4	1,5	1,5
Streitkräfte	46.000	46.000	46.000	39.000	41.000	41.000
Gendarmeriekräfte	6.800	6.800	6.800	6.800	5.953	6.078

## *Verteidigungspolitischer Kontext und Haushaltslage*

Die Niederlande stehen vor einem Finanzdefizit, das doppelt so hoch ist wie das erlaubte Niveau in der Eurozone, ca. 6 %. Die nächste Regierung wird 20 Mrd. Euro einsparen müssen.

Die Niederlande befinden sich am Ende einer größeren Streitkräftereform. Dabei sollten die Lehren aus Afghanistan umgesetzt und vor allem Verlegbarkeit und Interoperabilität gesteigert werden.

## *Struktur der Verteidigungsausgaben*

Der Verteidigungshaushalt muss seinen Beitrag leisten, um die Folgen der Finanzkrise für die öffentlichen Haushalte zu bewältigen. Diskutiert werden bis zu zwölf mögliche Szenarien. Die damit verbundenen Einschnitte reichen von 0,4 Mrd. bis zu 2,1 Mrd. Euro bei einem rund 8 Mrd. Euro umfassenden Verteidigungshaushalt. Selbst bei der kleinsten Kürzungsvariante würde die Armee ihre Möglichkeit zu Auslandseinsätzen wie etwa in Afghanistan verlieren: Neben Einschnitten in der Luftwaffe und Marine würden ca. 24.000 Stellen verloren gehen und zwei Brigaden geschlossen werden.<sup>71</sup>

<sup>71</sup> NRC Handelsblad, 09.04.2010.

**Personal und Struktur:** Eigentlich sollte die Armee bis 2012 um 10% wachsen, mit einem Schwerpunkt bei den Landstreitkräften. Jüngst musste jedoch ein Einstellungsstopp verhängt werden, weil sie nicht mehr über ausreichende Finanzmittel verfügte. Über 450 der benötigten Rekruten konnten nicht eingestellt werden.

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Als Folge des Sparzwanges werden einige Ausrüstungs-, IT- und Infrastrukturprojekte, verzögert, zurückgefahren oder gestrichen: Das betrifft den Transportpanzer Boxer und den Schützenpanzer CV-90. Der Umfang des Mörser-Tracking-Radar-Projekts und des Apache Helikopter Selbstschutzprojekts werden reduziert. Die weitere Beteiligung an der Entwicklung des Joint Strike Fighter steht zur Disposition. Dabei könnte der gesamte luftfahrtindustrielle Bereich der Niederlande in Mitleidenschaft gezogen werden. Ca. 50 Firmen hängen an den Verträgen, die etwa 4 Mrd. Dollar wert sind.

**Betrieb:** Das Budget für Trainingsaktivitäten wurde ebenfalls um 5 Mio. Euro pro Jahr bis 2014 zusammengestrichen. Zwei Fokker 50 werden außer Dienst gestellt.

## *Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation?*

Bislang fixiert sich die niederländische Debatte auf die Konsequenzen eines möglichen Ausstiegs aus

dem, F-35 JSF Projekt, Die Frage nach mehr Kooperation im internationalen Kontext steht derzeit nicht im Vordergrund.

### ***Bilanz***

Die Niederlande haben seit Jahrzehnten – bis in die 90er Jahre vornehmlich in der NATO – dafür plädiert, Möglichkeiten der Arbeitsteilung bei militärischen Fähigkeiten auszuschöpfen. Enge Zusammenarbeit mit UK und Belgien, aber auch innovative Arrangements mit Deutschland (Lufttransport) sind etabliert. Mit dem Verkauf der Seeraumüberwachungsflugzeuge P3 Orion an Deutschland war sogar der völlige Verzicht auf eine traditionelle Fähigkeit der Niederlande verbunden. Noch ist nicht absehbar, ob der finanzielle Druck die Niederlande zu weiteren Kooperationsschritten drängen könnte.

# Spanien

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
BIP, in Mrd. Euro	909	984	1053	1089	1051	1044
BIP pro Kopf, in Euro	21116	22494	23670	24038	22937	22698
Öffentlicher Schuldenstand, in Mrd. Euro	391,1	389,5	380,7	432,2	559,7	n/a
Öffentlicher Schuldenstand, in % des BIP	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	n/a
Öffentliche Neuverschuldung, in Mrd. Euro	-8,7	-19,8	-20,1	44,2	120,3	108,7
Öffentliche Neuverschuldung, in % des BIP	-0,9	-2,0	-2,0	4,1	11,4	10,4
Verteidigungshaushalt, in Mrd. Euro	7,1	7,1	7,7	8,1	7,8	n/a
Verteidigungshaushalt, in Prozent des BIP	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	n/a
Streitkräfte	147.000	147.000	147.000	149.000	149.000	128.000
Gendarmeriekräfte	73.000	73.000	73.000	73.000	73.000	80.000

## *Verteidigungspolitische Kontext und Haushaltslage*

Spaniens Verteidigungsbudget ist 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 6,8% von 8,252 auf 7,692 Mrd. Euro gesunken (2008 -> 2009: -2,8 %) <sup>72</sup>. Davon unberührt bleiben mit ca. 713 Mio. Euro in 2010 die Kosten für die Auslandseinsätze. Damit macht der Verteidigungshaushalt 4,2 % des Gesamthaushaltes und 0,73% des BIP aus.

Unter den neuen finanziellen Rahmenbedingungen hat die spanische Verteidigungsministerin zwei Prioritäten ausgegeben: "Sicherstellung des Schutzes der eingesetzten Soldaten" und die „Fähigkeit der Streitkräfte zur Fortführung der Einsätze auf bisherigem Niveau“.

**Personal und Struktur:** Spanien hat 2000 die Wehrpflicht ausgesetzt. Bis 2004 ist dadurch die Truppenstärke signifikant gesunken, gefolgt von einem Aufwuchs zwischen 2004 und 2010 auf nunmehr 128.000 Soldaten. Die Armee erwägt, in den kommenden drei Jahren 6.000 Stellen abzubauen und Gehälter signifikant (im Durchschnitt um 5%) kürzen. Einbußen müssen auch das Ministerium und nachge-

ordnete Dienststellen (15,9%) sowie der Generalstab (5,5%) hinnehmen.

**Investitionen und Rüstungsbeschaffung:** Die Kürzungen wirken sich hauptsächlich bei den Investitionen (-1,2 Mrd. Euro, -30,7%) aus. Große europäische Rüstungsprojekte, wie A400M, NH90 und Tiger, bleiben aber unangetastet. Die Regierung schließt allerdings eine Kürzung der Eurofighter-Bestellungen (87 Flugzeuge) mittlerweile nicht mehr aus. Programme zur Modernisierung und Professionalisierung der Armee werden zwar beibehalten. Die Modernisierungsprogramme der Marine für Flugzeugträger und Begleitschiffe sollen jedoch gekürzt werden. Das Verteidigungsministerium hat eine Restrukturierung der staatlichen Verteidigungsindustrie angekündigt. Der dauer-defizitäre staatliche Schiffsbauer Navantia soll in den kommenden 5 Jahren 30% der Kosten einsparen. Die SEPI – Holding für alle Betriebe mit Staatsbeteiligung – wird massiv Managerposten abbauen.

## *Krisenbedingte Ausweitung der internationalen Kooperation?*

Spanien unterstützt und fördert das Konzept der EU-Battlegroups und möchte künftig einen flexibleren Einsatz dieser Verbände erlauben. Darüber hinaus soll eine engere Abstimmung in NATO und UNO und eine Weiterentwicklung der zivil-militärischen Kapazitäten erfolgen.

<sup>72</sup> Die Abweichung zu den Daten der obigen Tabelle erklärt sich aus der Tatsache, dass IISS-Zahlen jeweils nicht-aktualisierte Schätzungen aus dem jeweiligen Vorjahr sind.

## ***Bilanz***

Spanien hat sich zwar intensiv um eine stärkere Rolle der EU in der Verteidigungspolitik bemüht. Allerdings findet derzeit die Suche nach Wegen aus der nationalen Krise nicht auf internationaler Ebene statt.

# Europäische Trends bis 2010 und der Europäische Imperativ

## *Unterschiedliche Betroffenheit der Verteidigungshaushalte*

Zwar sind alle Staaten von der Finanzkrise betroffen. Doch zum einen unterscheidet sich die Intensität der Betroffenheit. Zum anderen schlagen die notwendigen Einsparungen in den nationalen Gesamthaushalten unterschiedlich auf die Verteidigungsbudgets durch.

Das bedeutet für die Verteidigungsindustrie, auch die europäische, dass sich Einschränkungen der Nachfrage nach Rüstungsgütern in Europa keineswegs in vergleichbaren Entwicklungs- und Produktionskürzungen niederschlagen. Die weltweiten Militärausgaben sind stattdessen 2009 auf ein neues Rekordniveau gewachsen: 1.200 Mrd. Euro wurden nach SIPRI-Angaben im Verteidigungssektor ausgegeben. Das sind fast 6 % mehr als im Vorjahr und fast 50 % mehr als zehn Jahre zuvor.

Die regionale Verteilung von Angebots- und Nachfrageströmen verändert sich, nicht aber *pari passu* die ökonomische Situation der Rüstungsindustrie. SIPRI kommt deshalb auch zu dem Schluss, dass die Weltfinanzkrise bislang kaum negativen Einfluss auf die globale Rüstungsindustrie gehabt hat.

Die ökonomischen Kenndaten der betrachteten Staaten lassen erwarten, dass der Spardruck in den nächsten Jahren zunehmen wird. Dass dann die Verteidigungshaushalte weiterhin sakrosankt sind, kann bezweifelt werden. Einen direkten Schluss zu mehr Kooperation legt das, auch unter Berücksichtigung des bisherigen Verhaltens der Staaten, nicht automatisch nahe: Verteidigungskooperation ist kein Selbstläufer.

## *Keine einheitlichen europäischen Reaktionen*

Es gibt keinen einheitlichen Umgang der europäischen Verteidigungsministerien mit den krisenbedingten Ressourcenkürzungen. Alle in diesem Dossier erwähnten europäischen Staaten reagieren in

ihrer Verteidigungspolitik einzeln auf die Finanzkrise – einige schärfer, wie Großbritannien und Deutschland, andere weniger drastisch, Schweden und Polen. Umfangsreduzierungen in den Streitkräften, Kürzungen oder Verschiebungen bei Beschaffungsprojekten, organisatorische Rationalisierungen – all diese Elemente werden mit unterschiedlicher Intensität genutzt.

Gleichzeitig stellt der Prozess der Streitkräfte-transformation eine Art intervenierende Variable dar, die die nationalen Planungen charakterisiert. Zum einen fließen hierin die nationalen Lehren aus der Teilnahme an jüngsten Militäroperationen (z.B. Polen, Deutschland) bzw. neue Bedrohungsperzeptionen (Schweden) ein. Zum anderen bestimmt der Stand der Transformation die Möglichkeit, weitere Verbesserungspotenziale auszumachen. In Frankreich und Großbritannien, wo diese Prozesse schon sehr weit fortgeschritten sind, werden Einsparungen tendenziell weit weniger über Effizienzgewinne aufgefangen werden können. Daraus resultieren aber auch andere Bedürfnisse und Interessen der Staaten.

Bestehende und eingeübte Kooperations-schemata (z.B. EU-Battlegroups, Lufttransportvereinbarungen) werden nirgends zum fruchtbaren Grund erweiterter Arbeitsteilung erklärt; einige bilaterale Initiativen müssen ihr Potential noch nachweisen (z.B. Frankreich, Großbritannien); eine tragende gesamteuropäische Idee ist abwesend.

Reduktionen beziehen sich, jenseits des offensichtlichen Sparfelds der Personalkürzungen und Stilllegungen von Verbänden, auf Streichen, Kürzen oder Strecken von aktuellen Groß-Programmen (A400M, Eurofighter, NH90, Tiger, Fregatten, Gepanzerte Kampffahrzeuge etc). Dabei bleiben die vorgesehenen nationalen Streitkräftestrukturen im Wesentlichen intakt.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass die bislang gültigen nationalen Planungen ein Übermaß von Systemen enthielten: Der sicherheitspolitisch indizierte Bedarf für 620 Eurofighter und 180 A400M Transportflugzeuge war schon lange nicht mehr auszumachen.

Ob die nun stattfindenden Kürzungen von zukünftiger oder die Außerdienststellung noch in der Nutzung befindlicher Ausrüstung kollektive Fähigkeiten unter eine kritische Marke sinken lässt, bleibt in den nationalen Diskussionen unerörtert.

Die Suche nach einer neuen, Kosten sparenden und effektiven Balance der kollektiven Fähigkeiten Europas für die Implementierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat noch nicht begonnen.

### ***Risiko und Chance für Deutschland***

Deutschland ist mit Blick auf den Detailgrad seiner Kürzungs- und Reformpläne derzeit gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich an der Spitze der Entwicklungen. Deutschland könnte aber auch unter den Ersten sein, die in bedeutendem Maße Fähigkeiten abschaffen, die international benötigt werden.

Vor diesem Hintergrund könnten die in Deutschland sich ankündigenden tief greifenden Reformen genutzt werden, um im Rahmen der Kürzungsvorgänge in Europa eine besondere Rolle zusammen mit Frankreich und Großbritannien einzunehmen. Auch im deutschen Interesse an der gerechten Lastenteilung gilt es zu vermeiden, dass andere wichtige Partner ihre Fähigkeiten im Vertrauen darauf, dass die entsprechenden Aufgaben dann von Deutschland übernommen werden, abbauen.

Bei der Gestaltung im deutsch-französisch-britischen Kontext geht es dabei weniger um konkrete militärische Kooperation. Vielmehr ist eine Absprache über die strategischen Ziele und roten Linien der stattfindenden Entwicklungen unter den drei größten Nationen in Europa erforderlich. Sie sind also vor allem politische Partner – ihre militärischen Partnerschaften finden sich sinnvollerweise eher in den jeweils bereits lange praktizierten Kooperationen. Hier sollten sie eine „Schirmherrenrolle“ übernehmen und versuchen, die Entwicklungen zu kanalisieren – Kristallisationspunkt für derzeit eher unverbundene Entwicklungen und Potenziale zu sein.

Um die europäische Kooperation mitzugestalten, sollte Deutschland jedoch zunächst seine Präferenzen für künftige Zusammenarbeit formulieren und äußern. Dazu wäre es hilfreich, wenn Berlin zunächst folgende Fragen beantwortete:

- Was sollte Deutschland militärisch international machen?

- Was kann Deutschland militärisch international mit anderen machen?
- In welchen Bereichen ist Deutschland bereit, sich auf andere zu verlassen?
- Was möchte Deutschland militärisch national machen können?

### ***Der Europäische Imperativ: Mehr Souveränität durch gemeinsames Sparen***

Bis heute werden vor allem in Verteidigungsministerien multinationale Lösungen mit Souveränitätsaufgabe gleich gesetzt. Die Finanzkrise aber beschleunigt nur den ohnehin bereits stattfindenden nationalen Souveränitätsverlust und den daraus resultierenden Europäischen Imperativ für mehr Kooperation.

In der Wahrnehmung der EU-Staaten hängt ihre nationale Souveränität auch von ihrer militärischen Handlungsfähigkeit ab. Die militärische Handlungsfähigkeit wird bei vielen Staaten bald weiter sinken; ein signifikanter Anstieg ist für keinen Staat zu erwarten. Damit sinkt auch die einzelstaatliche Souveränität. Der Schlüssel der europäischen Staaten liegt in der Rückgewinnung von Souveränität auf internationaler Ebene durch das Zusammenlegen und gemeinsame Nutzen ihrer jeweils individuell begrenzten Handlungsfähigkeiten: „*Pooling of Sovereignty*“ durch „*Pooling of Capabilities*“.

Es wird auch weiterhin Grenzen multinationaler Arbeitsteilung von Streitkräften geben. Diese werden definiert über vier Faktoren:

- Politische Gemeinsamkeiten und Institutionen
- Militärische Gemeinsamkeiten und Institutionen
- Technische und industrielle Standards
- Verfügbare Ressourcen.

Aber: diese Faktoren sind variabel. Sie können mit dem Zutun der politischen Akteure verändert werden, oder sie verändern sich auch ohne ihr direktes Zutun, wie derzeit bei den Ressourcen.

In letzterem Fall müssen die Grenzen der Arbeitsteilung neu justiert werden: Bei sinkenden Ressourcen handlungsfähig zu bleiben, heißt, mehr Multinationalität, politisch, militärisch und technisch-industriell.

## *Ausblick: Dem Europäischen Imperativ folgen*

Dem Europäischen Imperativ zu folgen, bedeutet in dem strukturkonservativen und von Nationalismen geprägten Feld der Verteidigungspolitik mehr Multinationalität nicht nur zu denken, sondern auch zu implementieren.

Auf internationaler Ebene sollten drei Prinzipien die notwendigen Reformbemühungen leiten:

**Nationaler Minimalismus** auf der politischen Ebene: Regierungen und Parlamente sollten militärische Reformen anstoßen, die die Grenzen internationaler Arbeitsteilung auf ein Mindestmaß zurückdrängen: nur wenn keine internationale Lösung entwickelt werden kann, wird eine nationale Lösung angestrebt. Anstatt die Probleme der Multinationalisierung aufzulisten, sollten zunächst die Lösungswege aufgezeigt werden: Was muss geschehen, damit eine multinationale Lösung zustande kommt. (Make it happen). Dies bezieht sich sowohl auf die politischen Institutionen wie auch die militärischen Regeln und die industriellen und technischen Standards.

**Erweiterung multinationaler Inseln.** Militärisch sollte auf die bereits bestehenden multinationalen Kooperationen aufgebaut werden. Im gesamten Spektrum militärischer Fähigkeiten gibt es, z.T. seit langem, Inseln gemeinsamer Aktivität (gemeinsame HQ, Pooling von Ressourcen, bewusste Abhängigkeiten bilateral oder multinational). Diese gewachsenen Verbindungen haben Fakten geschaffen und Erfahrungen vermittelt. So sollte schrittweise über die Ausdehnung und Verstärkung bereits bestehender Verteidigungskooperationen die gemeinsamen Inseln vergrößert werden.

**Ökonomisierung der Sicherheit:** Auch wenn Sicherheitspolitik nach Kassenlage nicht zulässig ist, so sollte doch jede Lösung ein „Preisschild“ erhalten. Beispielen anderer Länder folgend, sollte dem finanziellen und politischen „Mehrwert“ der Aufrechterhaltung nationaler oder des Aufbaus europäischer Handlungsfähigkeit mehr Transparenz und Raum für Diskussion eingeräumt werden. Die politische Akzeptanz teurerer Lösungen für die Sicherheit der Bevölkerung ist insbesondere in Zeiten knapper Kassen geboten, in denen sie mit anderen Leistungen des Staates konkurrieren.

Jenseits dieser allgemeinen Prinzipien stellt sich die konkrete Frage, welche Möglichkeiten es für

Deutschland gibt, seine sicherheits- und verteidigungspolitischen Ziele durch das Ausschöpfen von Kooperations- und Einsparpotential in EU und NATO zu verfolgen.

Das Potential umfasst dabei ein breites Spektrum von Zusammenarbeit:

- in der Rüstung (Forschung, Entwicklung, Erprobung, Beschaffung),
- in der Streitkräfteplanung mit Blick auf Lasten- und Arbeitsteilung.
- im Routinebetrieb von Streitkräften (Ausbildung, Logistik),
- im Einsatz (Führung, Aufklärung, Transport, Versorgung),
- in der Steuerung der technologischen und industriellen Basis für Sicherheit und Verteidigung.

Um in diesen Bereichen mögliche Kooperationsgewinne zu realisieren, besteht die Herausforderung der nächsten Monate darin, die richtige Kombination von politischen Zielen und militärischen Fähigkeiten unter den Partnern zu finden. Darüber hinaus müssten komplementäre Reformstrategien entwickelt werden.

Eine logische Sequenz von Schritten, um mit diesen Herausforderungen umzugehen, könnte dabei wie folgt aussehen:

1. Analyse der derzeit absehbaren Reform- und Reduktionsbemühungen, um kritische Defizite der kollektiven Fähigkeiten in EU und NATO zu identifizieren, die sich ergeben würden, wenn die je nationalen Reformpläne in die Tat umgesetzt würden;
2. Aufzeigen des sich daraus ergebenden Korrekturbedarfs;
3. Ausloten der Möglichkeiten, durch Kooperation und Arbeitsteilung nationale Defizite zu kompensieren und komplementäre Fähigkeiten auszubauen;
4. Empfehlungen zur Gestalt der Koordinationsbereiche und der Koordinationsform (Pooling, Sharing etc.).